



Haushaltsreden 2011

des Oberbürgermeisters
Christian Ude

des Stadtkämmerers
Dr. Ernst Wolowicz

des Korreferenten
der Stadtkämmerei
Stadtrat
Prof. Dr. Jörg Hoffmann

des Personalreferenten
Dr. Thomas Böhle

des Korreferenten des
Personal- und
Organisationsreferats
Stadtrat
Christian Amlong

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Inhaltsverzeichnis und Impressum	2
Rede des Oberbürgermeisters Christian Ude	3 – 11
Rede des Stadtkämmerers Dr. Ernst Wolowicz	13 – 23
Rede des Korreferenten der Stadtkämmerei Stadtrat Prof. Dr. Jörg Hoffmann	25 – 31
Rede des Personal- und Organisationsreferenten Dr. Thomas Böhle	33 – 47
Rede des Korreferenten des Personal- und Organisationsreferates Stadtrat Christian Amlong	49 – 51
Graphische Übersicht	52 – 54

Impressum

Herausgeber: Stadtkämmerei der
Landeshauptstadt München
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

Druck: Direktorium, Stadtkanzlei



Münchens Haushalt 2011

Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München am 27. Oktober 2010

Die Haushaltsrede des Herrn Oberbürgermeisters (RU 206, 27.10.)

OB Ude: Münchens Stadtpolitik bewährt sich in der Krise

(27.10.2010) Die Haushaltsrede von Oberbürgermeister Christian Ude in der heutigen Vollversammlung des Stadtrats hat folgenden Wortlaut:

„In diesem Jahr, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann ich bezüglich der Finanz- und Wirtschaftskrise und politischen Großwetterlage unmittelbar an meine Haushaltsrede vom 7. Oktober 2009 anknüpfen.

I. München hat die Krise bislang gut überstanden

Auch heute können wir erleichtert feststellen, dass die Zeit nach der größten internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise seit über 80 Jahren glimpflicher verlaufen ist, als es zuvor in manchem Schreckensszenario beschrieben worden war. Dies spricht in der Tat dafür, dass die Reaktionen der Staatengemeinschaft und das Krisenmanagement in Deutschland weit besser waren als ihr Ruf. Trotzdem ist München nicht ungeschoren davon gekommen. Zwei Münchner Bankennamen stehen in besonderer Weise für die Auswirkungen der Krise auch auf unsere Stadt: Die Hypo Real Estate und die Bayerische Landesbank. Fassungslos verfolgt die Bürgerschaft, welche Milliardenlöcher die aberwitzig überbezahlten Bankmanager und ihre hilflosen Kontrollgremien hinterlassen haben. Der von der Bankenwelt lange Zeit als Dinosaurier des Wirtschaftslebens und sündteurer Kostgänger angeprangerte Staat darf auf Kosten der Steuerzahler den staatlichen Schutzschirm über den Bruchpiloten aufspannen. Gerne werde ich deshalb morgen an der Kundgebung von Münchner Wohlfahrtsverbänden, Sozialinitiativen und Gewerkschaften teilnehmen, die gegen den Sozialabbau auf Bundesebene unter dem Motto „Sie geben's den Banken – und nehmen's den Armen“ protestieren.

All die politischen Fehler, die über ein Jahrzehnt lang die Finanzkrise ermöglicht haben, sind noch längst nicht behoben. Vor einem Jahr habe ich hier die Deregulierung der Finanzmärkte und die Entfesselung ihrer Akteure, die Zurückdrängung staatlicher Kontrolle und Bankenaufsicht, die Genehmigungsfreiheit auch noch der fragwürdigsten Finanzprodukte, die dubiose Rolle der Ranking-Agenturen, die Ausrichtung des Managements an äußerst kurzfristigen und gleichzeitig überzogenen Rediteerwartungen, den international immer weiter vorangetriebenen Verzicht auf Nachhaltigkeit, die fast vollständige Abkoppelung der irreführend sogenannten „Finanzindustrie“ von der Realwirtschaft sowie die gleichzeitige Diskreditierung jeden sozialen Ausgleichs von der Lohn- bis zur Steuerpolitik genannt. Auf all diesen Baustellen wurde in den vergangenen zwölf Monaten allen-

falls Bruchstückhaftes geleistet, bei der Kürzung sozialer Leistungen allerdings wurden vollendete Tatsachen geschaffen.

II. Schwarz-Gelb: Vom Scheitern einer Illusion

Vor einem Jahr musste ich noch den Siegern der Bundestagswahl gratulieren, wie sich das in einer Demokratie gehört, heute darf ich ihnen zu ihren Umfragewerten mein Beileid aussprechen. Zusammen bringen es die Koalitionsparteien noch auf ein Drittel der Stimmen, die FDP krebst am Existenzminimum herum. Trotzdem will ich die Urteilskraft des Wahlvolks nicht allzu laut preisen, schließlich ist der aktuelle Meinungsstand für uns Sozialdemokraten auch ernüchternd und enttäuschend. Da liegt es näher, sich gemeinsam in Demut zu üben.

Und die Grünen? Ihr Höhenflug nimmt so abenteuerliche Ausmaße an, dass man schon geneigt ist, an die griechische Sage von Ikarus zu erinnern. Womit man sich halt so tröstet. Bedeutsamer aber scheint mir ein Hinweis zu sein, der für die Haushaltspolitik unserer Stadt größte Bedeutung hat: Ich halte die häufige Deutung, wonach die große Resonanz der Proteste gegen Stuttgart 21 und der gleichzeitige Aufschwung der Grünen in Baden-Württemberg einen neuerdings naturgesetzlichen Volkszorn gegen Großprojekte offenbare, schlichtweg für falsch. Wir sollten nicht vergessen, dass der erste Bürgerentscheid in München zum Ausbau des Mittleren Rings ein Großprojekt und sündteure Tunnelbauwerke durchgesetzt hat – gegen verkehrliche und finanzielle Bedenken des Oberbürgermeisters und der Stadtratsmehrheit. Es gibt also ganz offenkundig kein Naturgesetz, wonach die Bevölkerung Großprojekte und ihre Finanzlasten sowie Tunnelbauwerke prinzipiell ablehnt. Deshalb halte ich die modische Interpretation, man dürfe von Stuttgart 21 auf den 2. S-Bahntunnel schließen, für schlichtweg unzulässig. Der 2. S-Bahntunnel ist gerade für den öffentlichen Nahverkehr der Region erforderlich, er wird benötigt, um die größte Umweltschutzinvestition Südbayerns, nämlich die S-Bahn, vor dem drohenden Kollaps zu bewahren und zu verhindern, dass die ganze Stadt eines Tages im Blech und Qualm der Pendlerströme erstickt. München hat seit den 60er Jahren genügend Zukunftsorientierung und Kraft aufgebracht, Großprojekte des unterirdischen Schienenverkehrs zu realisieren, auch wenn dabei jahrelang Baustellen und die Untertunnelung der Altstadt und viel Baustellenverkehr in Kauf genommen werden musste.

Ein pauschales Nein zu Großprojekten kann es gerade in München auch deshalb nicht geben, weil die letzten Großprojekte eine einzige Erfolgsstory waren und die nächsten Großprojekte große Chancen eröffnen. Ich meine die Neue Messe, die München nach einem Wort von Bundespräsident Roman Herzog in den Olymp der Messestädte erhoben hat und den neuen Flughafen, ohne den die Bevölkerung des Münchner Ostens immer

noch von unvorstellbarem Lärm terrorisiert werden würde und ohne den sich der Wirtschaftsstandort niemals so prächtig entwickelt hätte, dass wir auch auf dem Arbeitsmarkt bessere Resultate als andere Städte zustande bringen. Mit den Großprojekten für die Zukunft meine ich beispielsweise die Ausbauoffensive unserer Stadtwerke für erneuerbare Energien, die immerhin einen Gesamtumfang von 9 Milliarden Euro erfordern wird oder die Bewerbung um die Olympischen Winterspiele 2018, die hier im Stadtrat von deutlich über 90 % aller Mitglieder unterstützt wird.

Mein Fazit: Wir alle müssen zwar zur Kenntnis nehmen, dass gerade langwierige Planungsprozesse keine aktuelle Zustimmung der Bevölkerung garantieren und dass die öffentliche Erläuterung auch bei voreilig abgehakten Projekten nie abreißen darf – aber wir sollten uns nicht einreden lassen, dass es keine großen Projekte mehr geben dürfe oder geben solle, die unsere Stadt wirklich voranbringen können. Eine Gleichsetzung mit Stuttgart verbietet sich übrigens auch deshalb, weil hier fragwürdige Projekte schon im Stadtrat scheitern und nicht erst von der Bürgerschaft attackiert werden müssen. Das belegt nicht nur die Geschichte des Transraps, wo sich die Bayerische Staatsregierung den Bedenken der Stadtratsmehrheit zwar spät und widerwillig, aber dafür vollständig angeschlossen hat, sondern auch die Geschichte von München 21, die ich fast vergessen hätte, wenn nicht der Münchner Europaabgeordnete Bernd Posselt im April 2009 plötzlich über mich hergefallen wäre, weil ich es unterlassen haben soll, in München ein Projekt zu stemmen – so wörtlich - „wie es Baden-Württemberg mit Stuttgart 21 schafft, 5 Milliarden Euro teuer und damit Deutschlands derzeit größtes Infrastrukturprojekt“. Mit dieser Kritik kann ich leben, auch wenn sich der Herr Abgeordnete gleich um eine Handvoll Milliarden vertan hat und die Zuständigkeit für die Planung von Bahnprojekten offenbar nicht kennt.

III. Die Münchner Haushaltssituation

Die eigentliche Sensation der diesjährigen Haushaltsberatung hat sich schon herum gesprochen, ich darf sie aber dennoch in Erinnerung rufen: Im zweiten Jahr der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise beträgt die Nettoneuverschuldung der Landeshauptstadt München Null Euro. Andere reden vom ausgeglichenen Haushalt, während sie sich immer mehr davon entfernen – wir haben ihn. Dabei verkenne ich nicht, dass diese günstige Situation, um die uns nahezu alle deutschen Großstädte beneiden, weniger mit den laufenden Vorauszahlungen aufgrund der aktuellen Konjunkturlage zu tun haben, als vielmehr mit Nachzahlungen für die „fetten Jahre“ 2006 bis 2008. Mit einer ähnlichen Nachholung von Steuerzahlungen werden wir künftig nicht rechnen dürfen, der Sparzwang, dem wir im vergangenen Jahr mit der Haushaltssperre und in diesem Jahr mit

dem 4. und 5. Haushaltskonsolidierungskonzept Rechnung getragen haben, bleibt also in vollem Umfang bestehen. Für das kommende Jahr ist eine Nettoneuverschuldung von 280 Millionen Euro geplant. Auch dieser Betrag könnte sich noch durch Nachzahlungen verringern. Er wäre dann immer noch bestürzend hoch, aber in Panik braucht er uns nicht zu versetzen, da wir in den drei fetten Jahren von 2006 mit 2008 1,1 Milliarden Euro Schulden abgebaut haben, so dass das Gesamtmaß unserer Verschuldung in den kommenden Jahren auf jeden Fall geringer sein wird, als es Ende 2005 bereits war.

Die Stadt zehrt von der Substanz

Wenn man in den Ergebnishaushalt blickt, den wir zur Herstellung vollständiger Transparenz vorlegen, was die meisten Städte aus Angst vor dem Aufwand oder vor der bitteren Wahrheit scheuen, wenn man also nach kaufmännischen Grundsätzen die „Abschreibung für Abnutzung“ unserer Vermögenswerte in die Betrachtung mit einbezieht, ergibt sich schon im laufenden Jahr ein Minus von 168 Millionen Euro und im nächsten Jahr von 377. Dies macht deutlich: Bei kaufmännischer Betrachtungsweise leben wir selbst im Jahr des ausgeglichenen Haushalts in dreistelliger Millionenhöhe von der Substanz. Vor diesem Hintergrund wäre es unververtretbar, den Sparzwang zu lockern oder gar das 4. und 5. Haushaltskonsolidierungskonzept, das sich bei der Belegschaft nicht gerade großer Beliebtheit erfreut, vollständig auszusetzen. Ich gehe sogar weiter und stimme den Kritikern der Stadtratsmehrheit, also auch meiner Person, ausdrücklich zu, wenn sie mehr Haushaltsdisziplin anmahnen und bemängeln, wie schnell und wie oft dem beschlossenen Haushalt neue Ausgaben hinzugefügt werden, wie es Professor Hoffmann als Korreferent der Stadtkämmerei vor einem Jahr getan hat. Wenn wir alle miteinander davon ausgehen, dass die strukturelle Finanznot der deutschen Kommunen uns noch lange zu schaffen machen wird, müssen wir uns tatsächlich mehr Haushaltsdisziplin angewöhnen, auch wenn es natürlich für jede Überschreitung der Haushaltsvorgaben im Einzelfall gute Gründe gibt.

Investitionen auf vergleichsweise hohem Niveau

Bei den Investitionen ist leider fürs nächste Jahr ein Rückgang geplant, der sich aber in Grenzen hält. Im laufenden Jahr werden 696 Millionen Euro in die Zukunft der Stadt, in Kinderbetreuung und Bildung, in Wohnungswesen und Nahverkehr investiert, im kommenden Jahr sollen es 655 Millionen Euro sein. Das ist nicht mehr das hohe Niveau der „fetten Jahre“, es ist aber immer noch einsame Spitze in Deutschland. Wer dies für ein überzogenes Eigenlob hält, möge mir eine Großstadt nennen, die absolut oder relativ ein höheres Investitionsvolumen aufweist. Tatsächlich ist aber nicht alles, was wünschenswert wäre, auch finanzierbar. Im Um-

kehrschluss gilt: Wer mehr Investitionen fordert, muss auch Vorschläge für die Finanzierung unterbreiten können und für ihre Durchsetzung eintreten.

IV. Forderungen an Bund und Land

Es wird Sie leider alle nicht überraschen, hier zunächst einer alten Bekannten zu begegnen, nämlich der Diskussion um die Gewerbesteuer. Zum Glück muss ich nicht abermals alle Argumente für ihre Notwendigkeit auf-sagen, da die FDP mittlerweile im grellen und schmerzhaften Licht der Realität die Forderung nach einem Wegfall der Gewerbesteuer genauso schmachlich fallen lassen musste wie ihr zentrales Wahlversprechen von Steuersenkungen in noch nie dagewesenem Umfang. Wenn ich über die Kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene richtig informiert bin, ist das Versprechen, die Gewerbesteuer abzuschaffen, selbst in Koalitions-kreisen endgültig vom Tisch. Was seit zwei Jahrzehnten jedem Teilnehmer der Fachdebatte bekannt ist, hat nun auch die Regierungskoalition zur Kenntnis nehmen müssen: Es gibt für die Gewerbesteuer als unverzichtbare Finanzquelle aller deutschen Kommunen keinen einzigen Ersatzvor-schlag, der verfassungsrechtlich zulässig wäre und wenigstens annähernd vergleichbare Einnahmen brächte. Hätte sich die Koalition bei ihren eigen-ten Bürgermeistern und Kämmerern erkundigt, hätte sie sich die quälenden Kontroversen mit Deutschlands Kommunen gleich sparen können.

Drohende Aushöhlung der Gewerbesteuer

Um wenigstens Trostpflaster an die gewinnstarken Unternehmen verteilen zu können, denen doch Entlastung in säkularem Maßstab versprochen wurde, wird jetzt versucht, die Gewerbesteuer zu durchlöchern, indem ihr wichtige Grundlagen und Bestandteile entzogen werden sollen. Auf zwei Argumente, die dabei gebetsmühlenartig vorgetragen werden, will ich be-sonders eingehen: Erstens wird behauptet, die Berücksichtigung anderer Faktoren als des reinen Gewinns seien systemwidrig und zweitens wird geheuchelt, man müsse die Kommunen von der Konjunkturabhängigkeit der Gewerbesteuer befreien.

Zum Ersten: Es ist dem deutschen Steuerrecht keineswegs fremd, auch andere Berechnungsgrundlagen als den reinen Gewinn zu besteuern, ich erinnere nur an die Grundsteuer, die Mineralölsteuer, die Stromsteuer, die Kfz-Steuer, die Versicherungssteuer und vor allem auch die Mehrwertsteuer und den Lohnsteueranteil des Arbeitgebers. Selbstverständlich muss auch ein Taxi- oder Speditionsunternehmen, das wenig oder zeitweise gar keinen Gewinn macht, Mineralöl- und Kfz-Steuer entrichten. Selbstver-ständlich muss auch eine Firma, die nicht profitabel arbeitet, bei jedem Kauf die Mehrwertsteuer entrichten. Warum soll bei der Gewerbesteuer unzulässig sein, was im gesamten Steuerrecht gang und gäbe ist, nämlich die Einbeziehung anderer Berechnungsgrundlagen als des erklärten Ge-

winns? Wir wissen doch, dass dann wieder alle Hintertürchen geöffnet wären, um durch Gewinnverlagerungen ins Ausland die Steuerpflicht zu umgehen.

Und zweitens finde ich die Krokodilstränen wegen der Konjunkturabhängigkeit der Gewerbesteuer besonders provokativ, weil ja gerade durch die Regierungspläne, nur noch den reinen Gewinn zu versteuern und die Hinzurechnungen wieder zu streichen, die Konjunkturabhängigkeit noch verschlimmert wird! Wenn die Regierung den Kommunen wirklich helfen will, muss sie die Hinzurechnungen belassen und weitere Stabilitätsfaktoren einbauen, beispielsweise durch Einbeziehung der freien Berufe. Es ist nichts anderes als wieder einmal reine Lobbypolitik, wenn man vor diesem längst überfälligen Schritt zurückschreckt. Sachliche Argumente gibt es jedenfalls nicht.

Hier geht es um Riesenbeträge

Wenn Sie fragen, warum ich dieses Thema in den Mittelpunkt der Haushaltsrede rücke, kann ich es Ihnen gerne sagen: Hier geht es – und zwar vielleicht schon in den nächsten Wochen – für den Münchner Haushalt je nach Ausgestaltung der Gesetzentwürfe um Dutzende Millionen Euro pro Jahr, wohingegen die Einsparvorschläge der Stadtratsminderheit in diesem Haus, wenn sie wieder mal das Eine-Welt-Haus rügt oder Kursangebote der Volkshochschule, allenfalls um Beträge, die Stellen hinter dem Komma betreffen! Um es noch deutlicher zu sagen: Wenn das, was die FDP bei der kommunalen Finanzreform in Berlin immer noch fordert, Gesetz wird, dann verschärft sich die Finanznot der Stadt in dramatischem Ausmaß und der Ausbau der Kinderbetreuung wird ebenso in Zweifel gezogen wie der Ausbau des Nahverkehrs und der Wohnungsbau.

Ein weiteres Thema hat gestern an Aktualität gewonnen. Hier geht es zwar nur um jährlich 20 Millionen Euro, aber auch um eine höchst interessante gesellschaftliche Kontroverse. Wie stark die Regierungskoalition der Hotellerie zu Dank verpflichtet ist, weiß die ganze Nation, dies muss hier also nicht vertieft werden. Der Münchner Stadtrat hat am 23. Juni beschlossen, eine Aufwandssteuer für Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben zu erheben. Dabei geht es um 2,50 Euro pro Bett und Nacht. Gestern teilte mir die dem Innenministerium unterstellte Regierung von Oberbayern mit, dass sie dies für unzulässig hält, was die Staatsregierung schon vorher erklärt hatte. Was Städte in Thüringen und Nordrhein-Westfalen seit längerem dürfen, soll uns in Bayern verwehrt werden. Das erste Argument der Rechtsaufsicht verblüfft: Durch die Einführung einer Übernachtungssteuer würde das Milliardengeschenk, das der Bundesgesetzgeber der Branche gemacht hat, „konterkariert werden“. Das Interesse des Freistaats, dass die Entlastung in der Hotelbranche bleibt und keines-

falls den Kommunen zugute kommen darf, ist schon bemerkenswert. Gerade aus Münchner Sicht scheint mir dies unverständlich, da es doch gerade die Kommune ist, die durch die hälftige Mitfinanzierung der Messe oder die Durchführung des Oktoberfestes oder Ereignisse wie die Fußball-Weltmeisterschaft oder die 850-Jahr-Feier, die Europa-Leichtathletik-Meisterschaft oder die Bundesgartenschau den Tourismus ankurbelt. Die Hotels profitieren davon und verlangen während der Wiesn und großer Messen pro Bett und Nacht häufig ein paar hundert Euro mehr - und da sorgt sich der Freistaat Bayern, die Kommune könne auch eine winzige Entlastung erfahren. Mehr noch: Er zieht die Wettbewerbssituation heran, als ob sich die Münchner Hotellerie auf besonders verlorenem Posten befände. Mir bleibt schleierhaft, wieso der Anstieg von weniger als 7 Millionen auf mehr als 10 Millionen Übernachtungen pro Jahr in der Münchner Hotellerie allein in meiner Amtszeit auf ein besonders beklagenswertes Aschenputteldasein hinweisen soll. Ich wundere mich auch, dass große Hotelunternehmen in diesen Monaten eine zweistellige Zahl von weiteren großen Hotelneubauten realisieren, um am Elend der Branche in München teilhaben zu dürfen.

Kein Fortschritt bei Lehrpersonalkosten

Damit Sie sich nicht der Illusion hingeben, ich hätte den wesentlich größeren Betrag der Lehrpersonalkosten von rund 170 Millionen Euro pro Jahr aus dem Auge verloren, erinnere ich hier an diese zentrale kommunale Forderung. Vor zwei Jahren, am 8. Oktober 2008, habe ich Ihnen versprochen, der bayerischen Koalitionsregierung Beifall zu spenden, wenn sich die FDP tatsächlich als Anwalt der Schulstädte erweist, wie sie es vor der Landtagswahl versprochen hat. Leider ist hier aber so gut wie nichts geschehen, Bayerns Schulstädte sind halt nicht so wichtig wie die Hotellerie. Würde der Freistaat Bayern seiner Verfassungspflicht nachkommen, wie alle deutschen Bundesländer die Kosten des öffentlichen Schulwesens zu tragen, wäre allein aus diesem einen Grund die städtische Finanzlage um jährlich rund 170 Millionen Euro besser. Eine Verschuldung der Stadt München gäbe es kaum. Aber Ihre Parteien bringen es fertig, die bayerischen Schulstädte wie eh und je hängen zu lassen und stattdessen der Bevölkerung weismachen zu wollen, die Finanznot käme da her, dass 30.000 Euro im Marketing-Konzept für die Fahrradstadt München nicht sinnvoll angelegt worden seien. Finanzpolitik, meine Damen und Herren, hat immer mit Zahlen zu tun, mit Größenordnungen, die erfasst und verstanden werden müssen.

Steigende Sozialkosten

Eine wesentliche Ursache für die bundesweit zum Teil dramatische Finanzsituation der Kommunen sind die stetig wachsenden Sozialausgaben. Dies

betrifft natürlich auch München! Allein schon durch die Alterung der Gesellschaft steigen die Kosten für die materielle Absicherung von Rentnerinnen und Rentnern und die Finanzierung von Pflegeleistungen. Aber auch aufgrund von Niedriglöhnen und ungenügender Rentenabsicherung reicht die Versorgung der Alten in unserer Stadt nicht mehr aus. Im Vergleich zu 2009 ist die Zahl der Grundsicherungsempfänger im Alter um neun Prozent gestiegen. Bis 2020 wird sich die Zahl der Grundsicherungsempfänger in München verdoppelt haben. Die daraus entstehenden Kosten muss die Stadt allein tragen! Daneben steigen auch die Jugendhilfekosten stetig und lasten dabei ausschließlich auf städtischen Schultern. Im Jahr 2010 sind diese erstmals auf über 200 Millionen Euro gestiegen. Und auch die Mitfinanzierungsanteile der Kommunen an den Kosten der Unterkunft erhöhen sich seit Jahren unaufhaltsam. In diesem Jahr hat der Bund die Kostenerstattung von 26 % auf 23 % vermindert. Zu all diesen Bereichen ist angesichts der sich in unserer Gesellschaft zunehmend ergebenden sozialen Zwangslagen auch aus München die klare Forderung an den Bund zu stellen, seinen Verpflichtungen zu einer ausreichenden Finanzierung der Sozialleistungen nachzukommen und diese nicht auf die Kommunen abzuladen!

V. Ausbau der Kinderbetreuung

Zu den großen Anstrengungen der Stadt im MIP-Zeitraum gehört der Ausbau der Kinderbetreuung der unter Dreijährigen – obwohl wir mit einem Versorgungsgrad von 29,1 % bereits doppelt so gut sind als der Durchschnitt der alten Bundesländer von 14,6 %. Trotz dieser herausragenden Situation ist der Bedarf noch lange nicht gedeckt, ja er steigt sogar ständig an, weil sich die Qualität der Betreuungsangebote herumspricht und gerade aus diesem Grund immer mehr Eltern davon Gebrauch machen möchten. Einer letzten Abfrage zufolge könnte der Bedarf bei 43 % liegen, vermutlich wird er weiter steigen. Der Bund nahm ohne jede empirische Untersuchung beim Krippengipfel einen Bedarf von 35 % an. Ich kritisiere dies nicht, schließlich war ich beim Krippengipfel als Städtetagspräsident dabei. Diese Zahl entsprach einfach dem Durchschnittswert unserer Nachbarländer und war aus diesem Grund konsensfähig. Aber wenn der Bund aus einem Ziel eine Rechtspflicht macht, gibt es eine Prozesslawine, wenn der tatsächliche Bedarf, der ständig weiter steigt, nicht befriedigt werden kann.

Deshalb müssen der Bund und die Länder, die hier in Spenderhosen durch die Gegend laufen, endlich einen ausreichenden Beitrag leisten, damit die unglaublich ehrgeizigen Vorhaben des Rechtsanspruchs wenigstens weitgehend gedeckt werden können. Ich verkenne nicht, dass sich der Freistaat bei den Investitionskosten fair beteiligt, bei den Betriebskosten, zu



deren Natur es gehört, jedes Jahr aufs Neue anzufallen, tut er dies aber nicht. Beim Großteil der Betriebskosten für Personal, Miete, Heizung und Reinigung lässt der Freistaat die Kommunen im Regen stehen. Im kommenden Jahr hat die Stadt München für die gesamte Kindertagesbetreuung in Krippen, Kindergärten und Kooperationseinrichtungen im optimierten Regiebetrieb über 428 Millionen Euro vorgesehen – eine gigantische Größenordnung. Allein für die Krippen gibt die Stadt im laufenden Jahr – ohne Zuschüsse und Einnahmen – selber 69 Millionen Euro aus – neun Millionen mehr als im Vorjahr. Da kann niemand bestreiten, dass der Ausbau rasant vorangeht und die Stadt sich bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit engagiert. In dieser Situation müssen Bund und Länder den Kommunen helfen, statt wie so häufig den Applaus für forsche Zielvorgaben einzuheimsen und die Rechnung dann an die Rathäuser zu senden. Ich schließe mit meinem Dank an den Kämmerer, seinen Stab und alle Referatsleitungen für die konstruktive Mitarbeit.“



Dr. Ernst Wolowicz
Stadtkämmerer

27. Oktober 2010

Münchens Haushalt 2011

Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München am 27. Oktober 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

Meine Haushaltsrede will ich heute mit einer Betrachtung über Verhältnisse beginnen. Doch - keine Sorge - nicht über interessante Verhältnisse im Stadtrat oder in der Stadtverwaltung, sondern ich will mich der spannenden Frage widmen, wer in diesem Land über oder unter seinen finanziellen Verhältnissen lebt.

Anlass dazu bietet mir dazu eine bekannte deutsche Politikerin, die im Mai diesen Jahres, als sie in München den Ökumenischen Kirchentag besuchte, sagte, wir Deutschen hätten jahrelang über unsere Verhältnisse gelebt und es könne so nicht weitergehen. Ein „brutalst möglicher Aufklärer“ und Ex-Politiker aus Hessen meinte sogar: „Wir leben dramatisch über unsere Verhältnisse“ und dies sei schon jahrzehntelang so.

Wie so oft plappern hier manche Politiker kritiklos und undifferenziert nach was Wirtschaftsmanager vorplappern. Der bekannte Unternehmenssanierer Utz Claassen schrieb bereits 2007 in seinem Buch „Mut zur Wahrheit“: „Wir leben als Gesellschaft schon seit Langem über unsere Verhältnisse“ (er selbst bekommt ja seit seinem nicht ganz freiwilligen Ausscheiden bei EnBW mit 44 Jahren jetzt lebenslang jährliche 400.000 Euro. Für seinen diesjährigen Job, den er nach 74 Tagen kündigte, empfand er die Zahlung von 9 Millionen Euro als angemessen.)

Nun ist zunächst zu fragen: Wer ist „Wir“, wenn davon die Rede ist, dass "Wir" über unsere Verhältnisse lebten"? Für wen stimmt diese Diagnose, für wen nicht und welche Gründe gibt es dafür?

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München
Telefon: (0 89) 2 33-9 21 00
Telefax: (0 89) 2 33-2 89 98

Betrachtet man die **deutsche Volkswirtschaft insgesamt**, so muss man sagen: Nein, sie lebt objektiv nicht über, sondern seit vielen Jahren unter ihren Verhältnissen. Denn jede Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zeigt, dass wir einen sehr hohen strukturellen Leistungsbilanzüberschuss haben. Seit Einführung des Euro gab Deutschland 895 Mrd. Euro im Ausland weniger aus als es vom Ausland einnahm. Die meisten Handelspartner müssen sich verschulden, um unsere Waren und Dienstleistungen importieren zu können. Wir haben weit mehr Einnahmen aus diesen Ländern als Ausgaben in diesen Ländern. Im Verhältnis zur im Vergleich dazu zurückbleibenden Binnennachfrage lebt der bis vor kurzem Exportweltmeister Deutschland deutlich unter seinen Verhältnissen.

Folge dieser Entwicklung ist, dass wegen dieser einseitigen Exportorientierung aufgrund real kaum ansteigender Lohnstückkosten nicht nur die Binnennachfrage real stagniert, sondern der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BIP zurückgegangen ist. Dazu zitiere ich ausnahmsweise zustimmend Prof. Sinn: „Deutschland hat seit 1995 irrsinnig viel Kapital exportiert, statt es im Inland zu investieren. Wir hatten in den vergangenen 15 Jahren die niedrigste Netto-Investitionsquote aller OECD-Staaten.“

Betrachtet man die **privaten Haushalte in Deutschland insgesamt**, sieht man, dass ihr Geldvermögen von 1999 bis 2009 von 3.539 Mrd. Euro um 1.133 Mrd. Euro auf 4.672 Mrd. Euro gestiegen ist. Im selben Zeitraum stieg die Verschuldung der öffentlichen Hand von 1.199 Mrd. Euro um 458 Mrd. Euro auf 1.657 Mrd. Euro. Das private Geldvermögen wuchs also um 1.133 Mrd. Euro, während die Schuldenlast des Staates um 458 Mrd. Euro anstieg. Privater Reichtum und öffentliche Armut stehen sich gegenüber. Auf den ersten Blick deutet das darauf hin, dass der Staat über und die Haushalte insgesamt unter ihren Verhältnissen leben. Doch dazu später mehr.

Das Geldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland ist allein im vergangenen Jahr um 239 Milliarden Euro gestiegen und beträgt nun 4,67 Billionen Euro. Das ist ein Trend, der seit Jahren zu beobachten ist (siehe oben). Im Gegensatz zu den verfügbaren Einkommen, die seit 1990 preisbereinigt nur um 8% gestiegen sind, ist das Geldvermögen um 58%, also mehr als sieben Mal so stark angewachsen. Damit können wir auch die privaten Haushalte insgesamt vor der Kritik der Münchenbesucherin in Schutz nehmen: insgesamt haben die privaten Haushalte unter ihren Verhältnissen gelebt. Dem Vorbild der schwäbischen Hausfrau folgend liegt die Sparquote der Haushalte am verfügbaren Einkommen in Deutschland mit über 11% im internationalen Vergleich im Spitzenfeld.

Nicht verschweigen sollte man allerdings, dass die Vermögen höchst ungleich verteilt sind: während die reichsten 10% über 61% des Geldvermögens verfügen, bleiben für die unteren 70% gerade einmal 9% des gesamten Vermögens. Die Ungleichheit hat sich in den letzten 20 Jahren deutlich vergrößert, weil das Realeinkommen von Arbeitnehmern, Arbeitslosen und Rentnern zurückgeht (polemisch könnte man also sagen, dass die Hartz-IV-Empfänger über ihre Verhältnisse leben, weil ihnen das Geld hinten und vorne nicht reicht, während die Einkommensmillionäre so sparsam wirtschaften und damit unter ihren Verhältnissen leben, dass sie sogar einen immer größeren Teil ihres Millioneneinkommens für Vermögensanlagen und -spekulationen zur Seite legen können).

Die durchschnittlichen jährlichen Nettorealverdienste der **Arbeitnehmer** in Deutschland hingen von 18.613 Euro 1992 auf 16.699 Euro 2009 zurückgegangen. Das durchschnittliche verfügbare Einkommen der Arbeitnehmer lag 2009 netto bei knapp 1.500 Euro. Große Sprünge sind damit nicht möglich.

Der Masse der Arbeitnehmer wird die theoretische Chance über ihre Verhältnisse leben zu können tendenziell und strukturell dadurch erschwert, dass der Anteil der bereinigten Lohnquote am Volkseinkommen von 72,1% im Jahr 2000 auf 65,7% im Jahr 2008 zurückgegangen ist.

Bei der Ausschöpfung des möglichen Spielraumes für produktivitätsorientierte Lohnsteigerungen (definiert durch die Summe von Preissteigerungsrate und Produktivitätssteigerung) blieben die deutschen Arbeitnehmer 2000 bis 2009 weit unter ihren Verhältnissen.

Als Folge davon sind nur im Dauerdeflationsland Japan die realen Lohnstückkosten seit 2000 geringer gestiegen als in Deutschland. In den restlichen 31 entwickelten OECD-Staaten stiegen sie stärker als in Deutschland. Dies ist übrigens neben der Unterbindung von Währungsabwertungen von Handelspartnern im Euro-Raum das wichtigste Erfolgsrezept des ehemaligen Exportweltmeisters Deutschland.

Den **Rentnerinnen und Rentnern** ging es nicht besser als den Arbeitnehmern. Laut Berechnungen der UniCredit sank die Kaufkraft dieser Gruppe von 2003 bis 2008 um 8,5%. Die realen Renten waren 2008 nicht höher als 1975. Die wirkliche Situation dürfte noch etwas schlechter sein, da man vom sogenannten fiktiven Eckrentner mit 45 Beitragsjahren ausgegangen ist.

All diese Zahlen zeigen: Für die große Masse der Arbeitnehmerschaft und der Rentner haben sich die Verhältnisse, in denen sie leben müssen, in den letzten Jahren real verschlechtert.

Wenn es schon mit dem privaten Geldvermögen der Deutschen so gut bestellt ist, fragt sich aber natürlich, wie es um das **öffentliche Vermögen** bestellt ist. Schließlich zieht die öffentliche Hand ja, wie von interessierter Seite gern immer behauptet wird, den armen Einwohnern angeblich immer mehr das Geld aus der Tasche. „Immer mehr“ ist übrigens falsch. Die Abgabenquote in Deutschland ist 2010 nicht höher als 1980, in den letzten 10 Jahren ist sie sogar von 42,5% auf 39,5% gesunken.

Die Analyse der Finanzierungssalden der VGR 2002-2009 nach Sektoren zeigt: Die Finanzierungssalden der Unternehmen und der Privathaushalte sind seit 2002 in jedem Jahr positiv, die des Staates in jedem Jahr negativ. Die öffentliche Hand lebt also - rein fiskalisch betrachtet - erkennbar über ihre Verhältnisse.

Diese Zahlen sind eindeutig, aber was sind die **aktuellen Ursachen der rapide wachsenden Neuverschuldung** speziell des Bundes seit dem beinahe ausgeglichene Haushaltssaldo der öffentlichen Hand 2008?

Gründe:

1. Die Finanzierung der Deutschen Einheit (Zinsen der Schulden und Transferleistungen zur Finanzierung der deutschen Einheit) macht etwa 3% des BIP aus.

2. Die aktuell sehr hohe Nettoneuverschuldung hängt wesentlich mit der Bankenrettung und der Kosten für die beiden Konjunkturpakete zusammen. Wenn der Bund dies nicht finanziert hätte, hätte die Rezession Deutschland wesentlich härter getroffen und die Schulden der öffentlichen Hand wären noch mehr angewachsen.
3. Die Steuerreformen seit 1998 führen allein im Jahr 2010 zu Mindereinnahmen für Bund, Länder und Kommunen in Höhe von 50 Mrd. Euro.

Lebt dieses Land bei den öffentlichen **Investitionen** über seine Verhältnisse? Sicher nicht. In Deutschland betrug 2008 die Investitionsquote 1,5% des BIP, im EU-Durchschnitt waren es 2,7%.

Lebt dieses Land bei seinen **Bildungsausgaben** über seine Verhältnisse? Sicher nicht, wie der OECD-Vergleich zeigt: 2007 betrug der Anteil der Bildungsausgaben am BIP in Deutschland 4,7%, zum Durchschnitt fehlen im Jahr 30 Mrd. Euro, zu den Spitzenreitern wie Dänemark 50 Mrd. Euro, also exakt die Summe, die wegen der Steueränderungen seit 1998 im Jahr 2010 fehlen. Hier lebt Deutschland also deutlich unter seinen Verhältnissen.

Lebt dieses Land bei seiner **Steuerquote** von 23% am BIP über seine Verhältnisse? Sicher nicht, der OECD-Durchschnittssatz ist 26,7%.

Lebt dieses Land bei seiner **Staatsquote** über seine Verhältnisse? Sicher nicht, es lag im EU-Vergleich 2008 mit 43,7% weit unter dem Durchschnitt von 46,8 %. Ohne die Folgekosten der deutschen Einheit würde es weit unter dem Durchschnitt liegen.

Es drängt sich als Fazit auf:

Deutschland lebt in Bezug auf sein BIP und die Entwicklung der Nettovermögen der privaten Haushalte und der Unternehmen und im Bezug auf die nicht geringer werdende Fülle an öffentlichen Aufgaben, beim Anteil der Staatsquote und der Steuerquote am BIP eher unter seinen Verhältnissen.

Bei der Schuldenquote liegt Deutschland bekanntlich im Durchschnitt von EU und OECD.

Nun noch kurz speziell zu den Kommunen:

Leben die deutschen Kommunen über ihre Verhältnisse? Im Vergleich zum Bund (1.054 Mrd. Euro) weisen die Kommunen mit 114 Mrd. Euro eine bezogen auf ihre Einnahmen relativ niedrige Verschuldung auf. Sie dürfen sich ja nur für Investitionen verschulden und die gehen seit 1990 drastisch zurück.

Bei den Investitionen müssen sie weit unter ihren Verhältnissen leben. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben der Kommunen ging von 1992 23,5% auf 2009 12,2% zurück. Bei den Sozialausgaben müssen sie eher über ihren Verhältnissen leben. Der Anteil der Sozialausgaben der Kommunen an ihren Gesamtausgaben stieg von 1992 15,4% auf 2009 22,8%.

Lebt die Landeshauptstadt München über ihre Verhältnisse?

In der alten kameralen Betrachtungsweise auf den ersten Blick nicht: 2011 weist der Haushalt einen Überschuss bei der laufenden Verwaltungstätigkeit aus (ohne den Sonderfaktor der Eigenkapitalzuführung an die Stadtwerke sind wir aber auch hier im Minus).

Doppisch - und dies ist die ehrliche Sichtweise - lebt die Landeshauptstadt München deutlich über ihre Verhältnisse, denn im Ergebnishaushalt gibt es vermutlich ein Defizit von 377 Mio. Euro.

Auch dafür gibt es Gründe, die nicht hausgemacht sind:

- Durch die Steuergesetze des Bundes seit 2008 fehlen München ab 2011 jährlich 150 bis 200 Mio. Euro an Steuereinnahmen.
- Selbst eine finanziell und wirtschaftlich im Vergleich zu anderen Großstädten noch relativ gut dastehende Stadt wie München leidet immer mehr unter den Folgen des Trends zur Kommunalisierung von sozialen Problemen zulasten der Kassen der Gemeinden. So stiegen unsere Kosten für die Grundsicherung im Alter von 50 Mio. Euro 2005 auf 61 Mio. Euro 2009. Die Ausgaben für die Grundsicherung für dauerhaft Erwerbsgeminderte haben sich in den letzten 5 Jahren verdoppelt, von 9,5 auf 19 Mio. Euro. Und schließlich stiegen die Netto-Ausgaben für Unterkunft und Heizung von ALG II-Beziehern von 141 Mio. Euro 2005 auf 174 Mio. Euro 2009. Die Kommunen werden immer mehr zu Ausfallbürgern für Bund und Länder bei der Finanzierung von Hilfen, die als Folgen von Arbeitslosigkeit, unterbrochenen Erwerbsbiographien oder geringer Renten entstanden sind.
- Zugleich enthält uns der Freistaat Bayern - man kann es nicht oft genug betonen - jedes Jahr 180 Mio. Euro an Lehrpersonalkosten vor. Der bayerische Städtetagspräsident, Regenburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger (CSU), den ich immer wieder gerne als Kronzeugen zitiere, hat erst kürzlich kritisiert: „Die staatlichen Zuschüsse fallen nicht nur viel zu gering aus, sondern das gesamte Bezuschussungssystem hat einen gravierenden Webfehler. Das Gesetz legt bei der Bezuschussung nicht die wahren Kosten zugrunde, sondern Pauschalwerte, die keinen Bezug zur Realität in der Praxis der Schulen haben.“ Nominell beträgt die Erstattung 61% der Kosten, tatsächlich deckt er oft nicht einmal die Hälfte der Kosten ab, in München nur noch 40%. Privatschulen werden bekanntlich vom Freistaat viel besser behandelt.
- Und auch für die Wahrnehmung von Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis erhalten wir von Land und Bund nur ein Drittel der tatsächlichen Kosten, wodurch uns weitere 80 Mio. Euro im Jahr fehlen.

Ohne diese Faktoren hätte München auch bei doppischer Betrachtung im Gesamtergebnishaushalt 2011 kein Negativsaldo von 377 Mio. Euro, sondern einen deutlich positiven Saldo. Wir müssten dann nicht unser rechnerisches Eigenkapital verzehren, sondern könnten es sogar erhöhen.

2. Nachtragshaushalt 2010

Die Gewerbesteuereinnahmen 2010 sind höher als erwartet. Das ist aber nicht etwa, wie man meinen könnte, der wieder erstarkenden Wirtschaft zu verdanken, sondern beruht allein auf der Arbeit der Betriebsprüfer, die zu Nachzahlungen für vergangene Jahr geführt hat. Der eigentliche Indikator für das Wohlergehen der Unternehmen, die Gewerbesteuer-Vorauszahlungen für das laufende Jahr, stagnierten von Mitte 2009 bis Mitte dieses Jahres. In den letzten drei Monaten sind sie sogar gesunken. Erstmals seit 2006 haben die Vorauszahlungen wieder die Marke von 1 Milliarde Euro unterschritten.

Das Positivsaldo bei der laufenden Verwaltungstätigkeit (ohne den Sonderfaktor Stadtwerke) ist mit 60 Mio. Euro geringer als die Tilgung von 86 Mio. Euro. Die kameral notwendige Mindestzuführung würde also damit nicht erreicht.

2010 ist entgegen der ursprünglichen Planung erfreulicherweise keine Nettoneuverschuldung nötig – aber ein Griff in die Kasse in Höhe von 292 Mio. Euro ist erforderlich.

Haushalts-Entwurf 2011 en gros und im Detail

Viele Finanzexperten erwecken gerne den Eindruck, ein Haushalt sei eine hochkomplexe Angelegenheit und sehr schwer zu verstehen. Das stimmt sicher im Detail, nicht aber wenn es um die Grundpositionen der Einnahmen und Ausgaben geht. Ein Haushalt muss kein Buch mit sieben Siegeln sein. Man kann im Gegenteil die wichtigsten Informationen sehr kurz und sehr einfach erläutern. Ich möchte daher heute in Anlehnung an einen erfolgreichen Rechtsanwalt und Ex-Bundestagsfraktionsvorsitzenden der CDU/CSU den Versuch machen, Ihnen die Kern-daten des Stadthaushalt-Entwurfes 2011 auf einem Bierfilzl (für die Minderheit der Münchner Stadtbevölkerung) bzw. einem Bierdeckel (für die Mehrheit) zu präsentieren und zu erläutern. In der Oktoberfest-Stadt München ist dies ja auch nur konsequent!

Der Haushalts-Bierdeckel wird an die Stadträte natürlich kostenlos verteilt. An die Referate können wir sie, solange unser kompliziertes System der inneren Leistungsverrechnungen noch nicht entfeinert ist, pro Stück nur gegen eine Schutzgebühr von 42,45 Euro (Vollkostenrechnung) abgegeben (Vorsicht: Letzteres war ein Scherz).

Die Bierdeckel-Erläuterung wollte ich nicht hier ernst einleiten (Mein Prae-Nomen soll hier kein Omen sein). Aber nun zu den Fakten:

Betrachten wir zunächst den **Finanzhaushalts-Entwurf**:

Bei der Einzahlungsseite am bedeutendsten sind die Steuern, die 2.525 Mio. Euro ausmachen. Unsere wichtigste Steuer, die **Gewerbesteuer**, ist mit 1.410 Mio. Euro veranschlagt. Das ist fast die gleiche Höhe wie nun im 2. Nachtrag 2010 vorgeschlagen. Der Anteil an der **Einkommensteuer** liegt mit 670 Mio. Euro etwas niedriger als im zweiten Nachtrag 2010. Diese Zahlen beruhen noch auf der Frühjahrsprognose der Steuerschätzer. Möglicherweise können wir den Ansatz zum Schlussabgleich noch etwas anheben. Die **Grundsteuer** ist mit etwas über 300 Mio. Euro veranschlagt, sie ist sehr stabil. Die zweitgrößte Position auf der Einzahlungsseite sind die **sonstigen Einzahlungen** mit 1.046 Mio. Euro. Hierin sind u.a. Gebühren,

Mieten, Pachten, Zinseinzahlungen, Konzessionsabgabe und die Gewinnabführung der Stadtwerke enthalten. Die drittgrößte Einzahlungsposition sind die **Umlagen und Zuwendungen** in Höhe von 513 Mio.

Auf der **Auszahlungsseite** gibt es bei der laufenden Verwaltungstätigkeit keine großen Veränderungen gegenüber dem 2. Nachtragshaushalt 2010. Die Auszahlungen teilen sich in vier große Positionen: **Transferauszahlungen** mit 1.665 Mio. Euro. Hierin sind die Umlagen an Bund, Land und Bezirk enthalten sowie die gesetzlichen Sozialleistungen und die freiwilligen Leistungen an Dritte. Die **Personalkosten** (Aktive und Versorgung) betragen insgesamt 1.564 Mio. Euro. Die **sonstigen Auszahlungen** sind mit 901 Mio. Euro geplant, u.a. für Mieten, Sachkosten, Gebäudeunterhalt), die **Investitionen** mit 655 Mio. Euro.

Die meisten Referate bleiben ungefähr auf dem Stand vom 2. Nachtrag 2010 bzw. mit der Sonderkonsolidierung 2011 unter diesem Ansatz. Eine große **Verschiebung vom Sozial- zum Schulreferat** ergibt sich natürlich durch die Zusammenfassung der Kinderbetreuung im neuen Regiebetrieb. Dadurch ändert sich aber nichts daran, dass traditionsgemäß die Auszahlungen von Schul- und Sozialreferat zusammen rund 60% der Referatsauszahlungen bei der laufenden Verwaltungstätigkeit ausmachen.

Die **Investitionen** sind mit 655 Mio. Euro geplant, das ist etwas weniger als im 2. Nachtrag 2010, aber mehr als beim Haushaltsplan 2010. Der Löwenanteil der Investitionen entfällt mit fast 200 Mio. Euro auf den Bereich des Schulreferates, der nun auch die Investitionen des optimierten Regiebetriebs Kindertagesbetreuung enthält. Größte Investitionseinzelmaßnahme ist aber natürlich mit 45 Mio. Euro der Mittlere Ring Süd/West. Wie immer wird die Höhe der Investitionen im Laufe des Jahres durch die Aufnahme bisher nicht veranschlagungsfähiger Investitionen noch ansteigen. Ich bin daher sicher, dass die Investitionen 2011 höher sein werden als 2010.

Der Haushalts-Entwurf weist in der Planung einen **Überschuss von 111 Mio. Euro** bei der laufenden Verwaltungstätigkeit aus. Rechnet man den Sonderfaktor Stadtwerke (Kapitalzuführung) heraus, ergibt sich ein Defizit von 46 Mio. Euro.

Trotz des Überschusses bei der laufenden Verwaltungstätigkeit ist zur Finanzierung der Investitionen bisher sowohl eine **Nettoneuverschuldung** in Höhe von 280 Mio. Euro notwendig als auch eine **Reduzierung der Finanzmittel** bzw. Finanzanlagen um 216 Mio. Euro. Ob wir insbesondere die Nettoneuverschuldung in dieser Höhe benötigen werden oder mit weniger auskommen, wird wieder davon abhängen, wie die konjunkturelle Entwicklung 2011 verlaufen und welche finanziellen Auswirkungen dies für die Landeshauptstadt haben wird. Ein nicht unwichtiger Faktor wird auch die Arbeit der Betriebsprüfer sein, die in diesem Jahr dafür gesorgt haben, dass wir auf die ursprünglich geplante Nettoneuverschuldung ganz verzichten konnten.

Betrachten wir dann die Rückseite des Haushaltsbierdeckels: Den **Ergebnishaushalts-Entwurf**: Mit einem Blick sieht man das negative Saldo zwischen Erträgen und Aufwendungen in Höhe von 377 Mio. Euro.

Dies ist das strukturelle Haushaltsdefizit.

Sollte dieser Plan von der Realität bestätigt werden, würde im Jahresabschluss 2011 das rechnerische Eigenkapital der Stadt um diese Summe zurückgehen.

Diese Betrachtungsweise nach dem Ressourcenverbrauchskonzept der Doppik zeigt, dass es in München wegen des Aufwandes für Abschreibungen des hohen Anlagekapitals und der beträchtlichen Zuführungen zu den Rückstellungen für Pensionen der BeamtInnen viel schwieriger ist, ein Positivsaldo im Ergebnishaushalt zu erreichen als im Finanzhaushalt.

Für die 99% der bayerischen Gemeinden, die weiterhin nach der kameralen Logik arbeiten, stellt sich diese Problematik erst gar nicht, da sie diese Zukunftslasten ausblenden dürfen und sich damit in die Tasche lügen können.

Investitionen und sogenannte konsumtive Leistungen

Doppisch betrachtet gibt es zwei Kategorien von Auszahlungen: investive und konsumtive. Bei investiven Auszahlungen findet bilanziell betrachtet ein Tausch Geld gegen Vermögensgegenstand bzw. Anlagevermögen statt. Beides spielt sich auf der Aktivseite der Bilanz ab, es handelt sich also um einen Aktivtausch. Die Auszahlung ist daher vermögensneutral. Bei den konsumtiven Auszahlungen ist das anders. Das Geld geht raus, ohne dass ein entsprechender Vermögensgegenstand in die Bilanz aufgenommen werden kann. Das Vermögen vermindert sich.

Als Kämmerer, der ja wie Sie der Wahrung des städtischen Vermögens verpflichtet ist, plädiere ich dafür, diese Vermögensbetrachtung nicht aus dem Auge zu verlieren.

Wir versuchen in München durch hohe Investitionen, die Infrastruktur auf hohem Niveau zu halten. Wir investieren aber auch sehr viel in Bildung, denn es gibt keine bessere Investition als in diesem Bereich, selbst wenn diese Investition buchhalterisch betrachtet eine konsumtive Ausgabe ist. Es geht hier trotz der Etikettierung als konsumtive Aufgaben oft um langfristige Investitionen in die Zukunft dieser Stadt und ihrer Bürgerschaft, die bildlich gesprochen von der Wiege bis fast zur Bahre reichen, von der frühkindlichen Bildung in der Krippe bis zu Seniorenangeboten bei der Volkshochschule.

Vor allem Im Sozialbereich sind die Kommunen weitgehend nicht in einer aktiven, sondern eher in einer passiven Rolle, weil die zentralen Rahmenbedingungen von der Weltwirtschaft und Entscheidungen auf Bundes- oder Landesebene abhängen. Trotzdem gibt es einen gewissen Handlungsspielraum. In München werden über das gesetzliche Mindestmaß hinaus freiwillige soziale Leistungen in erheblichem Umfang. Ich nenne hier nur beispielhaft die Kosten der Kindertagesbetreuung über die festgelegten Sätze des Bayerischen Kinderbildungsgesetzes hinaus (das allein macht rund 100 Mio. Euro im Jahr aus), den erhöhten Sozialhilfesatz, das MVV-Sozialticket, etc..

Auch auf die Gefahr hin, dass diese Aussagen gegen mich zitiert wird: Die Kosten dieser freiwilligen Leistungen sind für den Kämmerer fiskalisch immer schmerzhaft, aber sie sind für den sozialen Frieden und das Zusammenleben in dieser Stadt fachlich sicher oft notwendig. Stellt man sich vor, die Stadt würde alle sogenannten freiwilligen Aufgaben einstellen und nur die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben erfüllen, so sage ich selbst als Stadtkämmerer, der vorrangig die Finanzen der Stadt im Blick hat: eine Stadt mit dem gesetzlichen Minimum an sozia-

ler Aufgabenerfüllung, mit dem Minimum an Zuschüssen für Bildung, Sport, Kultur - dies wäre keine lebenswerte Stadt mehr. Wir alle wollen keine Zustände wie in Slums von vielen europäischen oder amerikanischen Großstädten und dies hat seinen Preis. München kann allerdings nicht all das kompensieren, was Bund und Länder im sozialen Bereich vernachlässigen. Dies würde uns überfordern.

Haushalts- und Finanzwirtschaft ist kein Selbstzweck. Ziel ist es, die Stadt für alle Einwohner lebenswert zu erhalten. Das bedeutet einerseits Ausgaben zu tätigen für Angebote und Dienstleistungen für die heutigen Einwohner und für Investitionen in die Zukunft der Stadt, zu denen nicht nur neue Bauten zählen, sondern z. B. auch die Bildungsausgaben. Es bedeutet andererseits aber auch, den Blick auf die Wahrung des Geld- und Sachvermögens zu richten, um auch in Zukunft eine lebenswerte Stadt erhalten und finanzieren zu können. Daher muss bei den freiwilligen Leistungen der Stadt - so sinnvoll und begründet sie fachlich sicher oft sind - der Stadtrat angesichts der finanziellen Gesamtsituation jedes Mal sehr genau prüfen, ob eine weitere Ausweitung in diesem Bereich auf Dauer finanzierbar ist. Ich begrüße daher auch den erfolgten Stadtratsbeschluss, die freiwilligen Zuschüsse an Dritte in den nächsten drei Jahren grundsätzlich zu deckeln.

Bei Medikamenten heißt es : Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker. Gegendert wie ich bin füge ich hinzu: Ihre Ärztin oder Apothekerin. Bei Stadtratsbeschlüssen empfehle ich Ihnen: Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Ihren Kämmerer bzw. lesen Sie die höchst interessanten Stellungnahmen der Kämmerei! Denn neben der vom Fachreferat meist recht ausführlich versprochenen positiven fachlichen Wirkung haben Stadtratsbeschlüsse mit sogenannter zentraler Finanzierung eben auch immer die finanzielle Nebenwirkung, dass sie zu strukturell erhöhten Auszahlungen führen und gegebenenfalls in Summe sogar eine höhere Kreditaufnahme nötig machen. Auch hier ein kleines Beispiel mit großen Nebenwirkungen: möchte ein Referat auch nur zusätzliche Stelle im höheren Dienst, steht bisher in der Beschlussvorlage lapidar der Satz: die dauerhaft nötigen 60.000 Euro werden zum Haushalt angemeldet. Das klingt zunächst recht harmlos. Rechnet man die Kosten aber auf 25 oder 30 Jahre hoch, so wird klar, dass der Stadtrat eigentlich über 1,5 bis 1,8 Mio. Euro entscheidet.

Die Ausweitungen des Haushaltes für den Zeitraum 2010 bis 2014 summieren sich durch die Beschlüsse im Zeitraum 1.1. bis 30.5. (Beschlussfassung zum 1. Nachtrag 2010) auf 118 Mio. Euro. Durch die seitdem hinzugekommenen Beschlüsse, über deren Finanzierung heute beschlossen wird, würden sich weitere Auszahlungen von 82 Mio. im Zeitraum 2010 bis 2014 ergeben, insgesamt also eine Ausweitung von 200 Mio. Euro (siehe Bekanntgabe im Finanzausschuss vom 26.10).

Sie haben die Erfolgsquote der Stellungnahmen der Stadtkämmerei in Bezug auf Stadtratsentscheidungen gemäß unserer Vorschläge schon von bisher gegen 0 % auf 3 % gesteigert. Herzlichen Dank. Weiter so mit dieser Tendenz !

Als alter Lateiner glaube ich natürlich an den Spruch: "Gutta cavat lapidem non vi, sed saepe cadendo" - "Steter Tropfen höhlt den Stein".

Vorsicht ist die Mutter der Porzellanbox - weiter Haushaltskonsolidierung nötig

Durch den Überschuss bei der laufenden Verwaltungstätigkeit und die Meldungen über ein angeblich bevorstehendes zweites Wirtschaftswunder kann man schnell zu der Frage verleitet werden, ob denn wirklich eine weitere Haushaltskonsolidierung nötig ist.

Dazu die Fakten:

- Wir haben - wenn man den Sonderfaktor Stadtwerke herausrechnet - ein strukturelles Defizit von 537 Euro im Ergebnishaushalts-Entwurf 2011. Die kommunale Haushaltsverordnung Doppik schreibt dagegen vor, dass in jedem Jahr im Saldo von Erträgen und Aufwendungen zumindest eine schwarze Null erreicht werden muss.
- Es ist erfreulich, dass 2010 der Einbruch bei den Steuern nicht so stark ausgefallen ist wie zunächst befürchtet. Aber dies war, wie oben erläutert, eine Folge von Nachzahlungen, während die Gewerbesteuervorauszahlungen für das laufende Jahr sogar zurückgingen. Sie sind derzeit mit unter einer Milliarde Euro auf dem niedrigsten Stand seit Ende 2006.
- Es ist für die exportorientierte deutsche Wirtschaft und auch besonders für München mit seinen vielen exportorientierten Unternehmen gut, dass der Export wieder anzieht. Es ist aber nicht sicher, dass dies dauerhaft die Konjunktur stützen kann, wenn alle Staaten der EU eine Austeritätspolitik betreiben.
- Ob die Binnennachfrage der privaten Haushalte real dauerhaft ansteigen wird ist unsicher. Die staatliche Nachfrage wird in Deutschland wegen der Sparpolitik sowohl im sogenannten konsumtiven wie im investiven Bereich (nach dem Auslaufen des KP II Ende 2011) real stagnieren bzw. zurückgehen.
- Die weltwirtschaftliche Lage bleibt allein schon deswegen äußerst labil, weil mangels ausreichender Regulierung an allen Orten und Hebeln schon wieder tatkräftig an neuen Spekulationsblasen gearbeitet wird. Wann und mit welchen Folgen die nächste Blase platzt, weiß keiner. Wenn ich es wüsste, hätte ich längst meinen Dienst quittiert und würde Ihnen e-mails aus Jamaica schicken. Aber dies sollte Anlass genug sein, leider weiterhin immer mit Krisen rechnen zu müssen und nicht den Traum von der immerwährenden Prosperität zu träumen.
- Wir werden weiter strukturell wachsende Aufwendungen haben, insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung und der Ganztagsbetreuung an Schulen. Dies führt nicht nur zu erheblichen Investitionskosten, sondern auch zu erheblichen Mehrkosten im Betrieb.

Aus all diesen Gründen ist die Haushaltskonsolidierung weiter nötig. Die Sonderkonsolidierungen in Höhe von je 40 Mio. Euro wurden in den Entwürfen zum 2. Nachtragshaushalt 2010 und zum Haushalt 2011 umgesetzt. Ein Vorschlag zu einem 6. HSK wird im Dezember vorgelegt werden.

Wenn Sie die neue Regel beachten „Ihr habt nichts zu verlieren als Eure Ketten und Eure Haushalts-Bierdeckel“, werden Sie in Fragen des Münchner Stadthaushalts spätestens von heute an immer und überall auskunftsfähig sein.

Abschließend drücke ich unter Aufbietung all meines beschränkten schauspielerischen Talents meine Zerknirschung darüber aus, dass ich wieder einmal zeitlich über meinen Verhältnissen geblieben bin. Aber denen unter Ihnen, die dies freundlicherweise zumindest geduldig ertragen, und denjenigen unter Ihnen, die zumindest Teile meiner Analysen und Bewertungen teilen, verspreche ich: Im nächsten Jahr wird es vermutlich nicht recht viel kürzer werden.

Ich bin optimistisch, dass Sie bei Ihrer Diskussion im Anschluss nicht unter ihren Verhältnissen bleiben werden.

Abschließend möchte mich sehr herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Referate und natürlich auch der Kämmerei dafür bedanken, dass ich diesen Entwurf des Haushaltsplanes 2011 heute zeitgerecht einbringen kann, was angesichts der Komplexität des Münchner Kommunalen Rechnungswesens weder im letzten noch in diesem Jahr eine reine Selbstverständlichkeit war, aber an deren Reduzierung arbeiten wir unverdrossen.



Prof. Dr. Jörg Hoffmann
Mitglied des Stadtrats der Landeshauptstadt München
Korreferent der Stadtkämmerei

Münchens Haushalt 2011

Vollversammlung am 27. Oktober 2010

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Stadtkämmerer,
meine Damen und Herren!

Wir haben die frohe Botschaft vernommen. Vielleicht wurde ja auch deshalb unsere Haushaltsdebatte näher an Weihnachten gerückt. Der Kämmerer muss 2010 keine neuen Kredite aufnehmen. Hurra! (Geplant war ursprünglich eine Nettokreditaufnahme von € 214 Mio. und im Nachtrag von € 244 Mio.). Und damit erhöht sich auch nicht die Pro-Kopf-Verschuldung, die bei einem Schuldenstand von € 2,3 Mrd. bei rd. 1.770 € für jeden Münchner liegt.

Schuldenstand von € 2,3 Mrd. – das klingt also in den Ohren der Stadtspitze gut. Und abgesehen davon, dass dieser Betrag als Absolutbetrag indiskutabel hoch ist, wird die Freude bei der Pressekonferenz zur Vorstellung des 2. Haushaltsplans noch unverständlicher, wenn man in die Bilanz der Landeshauptstadt München schaut. Bisläng liegt hier nur die Schlussbilanz 2009 vor, die als Grundlage für meine Ausführungen dient. Mit einem ebenso großen Hurra wie die neue Finanzentwicklung wurde ehemals die Umstellung auf die Doppik (doppelte Buchführung) gefeiert. Nur sind die Konsequenzen aus dieser Umstellung bei niemandem angekommen.

Es ist schön, wenn man plötzlich die Aktivposten, also das Vermögen in der Bilanz sieht. Wenn da steht, dass das Oskar-von-Miller-Gymnasium € 10,3 Mio. wert ist oder das Rathaus gar € 148 Mio. Noch besser ist es natürlich, sich die Beteiligungen anzusehen. Die Stadtwerke stehen da mit nahezu € 2 Mrd. zu Buche.

Nur was hilft das der Stadt, wenn sie ihr Vermögen entweder nicht verkaufen kann (wie beispielsweise das Oskar-von-Miller-Gymnasium oder das Rathaus) oder es erklärtermaßen nicht verkaufen will, wie bei den Wohnungsgesellschaften und den Stadtwerken?

Aber lassen wir die Frage des Vermögens und seiner Fungibilität einmal beiseite. Unstrittig ist es doch, dass eine Bilanz zwei Seiten hat und dass man beide Seiten betrachten muss, wenn man ein unverzerrtes Bild erhalten möchte – beide Seiten und zwar beide Seiten vollständig.

Und hier komme ich auf den Schuldenstand und die Pro-Kopf-Verschuldung zurück: Sucht man die Zahl € 2,3 Mrd., so wird man fündig bei dem Posten „Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen“. Und das ist wohl auch gemeint. Beim Schuldenstand geht es nach wie vor um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und um nichts anderes. Selbst die Schulden der Eigenbetriebe i.H.v. rd. € 1,5 Mrd. sind nicht berücksichtigt.

Wir waren uns aber gerade einig, dass die Seiten der Bilanz vollständig zu betrachten sind. Und da gibt es noch eine Menge anderer Verbindlichkeiten. Dabei meine ich nicht die unter der Position „Verbindlichkeiten“ ausgewiesenen Werte (die – am Rande bemerkt – für sich genommen € 1 Mrd. ausmachen), ich meine die Rückstellungen.

Denn [ich zitiere] „von den Verbindlichkeiten unterscheiden sich Rückstellungen [nur] dadurch, dass die Verpflichtung zu künftigen Ausgaben dem Grunde und/oder der Höhe nach ungewiss ist“. Dieses Zitat stammt aus einem Klassiker der Bilanzlehre, den jeder BWL-Student spätestens im 3. Semester kennt – dem Baetge (vgl. Baetge/Kirsch/Thiele: Bilanzen, 8. Auflage, Düsseldorf 2005, S. 411).

Eine Rückstellung ist also nichts anderes als eine Verbindlichkeit. Und hier will ich gar nicht die Rückstellungen für anhängige Gerichtsverfahren o.ä. ansprechen. Es geht mir nur um die Position der Rückstellungen für Pensionen, Altersteilzeit, Beihilfe u.ä. Diese beträgt € 4,5 Mrd. Diese 4,5 Mrd. unterscheiden sich von den € 2,3 Mrd. für die Bankkredite also nur dadurch, dass ihre genaue Höhe ungewiss ist (dem Grunde nach sind sie gewiss, da die Stadt rechtlich verpflichtet ist, Pensionen und Beihilfe zu bezahlen).

Ich halte fest: Der Charakter der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ist kein anderer, als der der Pensionsrückstellung. Aber nur die Ersten werden zur Berechnung der Pro-Kopf-Verschuldung und in den Jubelmeldungen der Stadtkämmerei genannt. Dabei sind die Pensionsrückstellungen fast doppelt so hoch! Und die Pro-Kopf-Verschuldung liegt tatsächlich nicht bei € 1.770 sondern bei € 5.230 bzw. gar bei € 6.380.

Das Negieren dieser Realität zeugt davon, dass der Oberbürgermeister und auch der Stadtkämmerer nicht in der Realität der neuen Bilanzierung angekommen sind. Sie verharren stur in der Denkweise der Kameralistik, in der die Vorsorge für künftige Ausgaben schlicht nicht vorgesehen war.

Nun können die Pensionsverpflichtungen natürlich im Gegensatz zu den Finanzschulden nicht vorzeitig getilgt werden. Es wäre aber möglich, hierfür eine sog. „Finanzreserve Pensionen“ anzulegen. Dies wurde vom Münchner Stadtrat sogar 1999 schon beschlossen und 2007 bekräftigt. Geschehen ist aber bislang nur unzureichendes. Die Finanzreserve wird nur pauschal nach Kassenlage aufgefüllt und steht derzeit bei rund € 180 Mio. – 180 Millionen um 4,5 Milliarden aufzufangen.

Wir haben angeregt, die Finanzreserve noch im Nachtragshaushalt 2010 um € 150 Mio. aufzustocken und sie künftig konkret nach dem jährlichen Bedarf zu berechnen und zuzuführen. Dieser Antrag wurde von der Kämmerei mit dem Hinweis, es sei eine umfassende Prüfung notwendig, auf die lange Bank geschoben.

Zur Erinnerung: Als wir im vergangenen Dezember den Haushalt 2010 beschlossen hatten, wurde noch in derselben Sitzung eine Ausweitung des soeben beschlossenen Haushalts um € 127 Mio. für einen Zuschuss für die städtischen Kliniken beschlossen. Hier waren wohl keine umfangreichen Prüfungen notwendig – oder werden diese nur dann notwendig, wenn ein Antrag aus einer bestimmten Richtung des Hauses kommt?

Ich will Ihnen auch sagen, warum wir eine Zuführung von € 150 Mio. im Nachtragshaushalt für notwendig und sinnvoll halten. Und hier bin ich bei einem weiteren Kritikpunkt.

Wir haben derzeit einen Kassenbestand (liquide Mittel) von ca. € 800 Mio. Das sind liquide Mittel, die angelegt werden und derzeit weniger als ein halbes Prozent Zinsen p.a. bringen. Das klingt zunächst gut, ist es doch scheinbar positiv, wenn man viel Geld in der Kasse hat. Der Ökonom kennt aber den Zielkonflikt zwischen Liquidität und Wirtschaftlichkeit. Eine einfache Überlegung macht dies deutlich: Bei einer Inflationsrate von derzeit 1,3% und einer Verzinsung des Kassenbestands von 0,5% wird real 0,8% der Liquidität der Stadt vernichtet. Das sind bei € 800 Mio. rd. € 6,4 Mio. pro Jahr – ohne irgendetwas zu tun oder gar Geld auszugeben.

Noch gravierender wird die Betrachtung, wenn man die gleichzeitig laufenden Kredite betrachtet. Eine Durchschnittsverzinsung von rd. 5% für Kredite unterstellt, macht dies eine Differenz zur Verzinsung des Kassenbestandes von 4,5% aus. Bei € 800 Mio. sind das € 36 Mio., die pro Jahr gespart werden könnten.

Der Kämmerer bezeichnet es als „Wermutstropfen“, wenn zur Vermeidung neuer Schulden „in die Kasse gegriffen werden muss“. Ich bezeichne das als ersten richtigen Schritt zur Zinersparnis. Denn in Zeiten der Doppik ist der Kassenbestand völlig aussagelos, zumal eine Kommune wie München sich im Ausnahmefall stets mit kurzfristigen Kassenkrediten behelfen kann. Die Liquidität sollte also so bemessen sein, dass sie nicht unter Null sinkt – wobei auch dies kurzfristig kein Beinbruch wäre. Sie muss aber nicht bei € 800 Mio. stehen und es ist auch kein Wermutstropfen, wenn sie zur Vermeidung der Aufnahme neuer Schulden sinkt.

Für eine Tilgung ist aber notwendig, dass die Kredite fällig sind. Denn bei einer vorzeitigen Tilgung ist eine Vorfälligkeitsentschädigung zu entrichten, die die mögliche Ersparnis wieder auffrisst. Da derzeit, wie die Kämmerei versichert, keine Kredite zur Umschuldung anstehen, kommt die „Finanzreserve Pensionen“ ins Spiel. Technisch entspricht nämlich die Auffüllung der Finanzreserve einer Tilgung der verbindlichkeitsgleichen Verpflichtung für Pensionen. Eine Zuführung hätte daher zwei positive Effekte:

1. Der übermäßig hohe Kassenbestand könnte gesenkt werden – die Verzinsung bei der Anlage eines langfristig ausgerichteten Pensionsfonds ist wesentlich höher als die Verzinsung eines Tagesgeldkontos.
2. Künftige Generationen würden von Pensionslasten, die wir heute verursachen, freigehalten.

Warum nun gerade € 150 Mio.? Wir sehen dies als Anschubfinanzierung einer nun ernst gemeinten, nachhaltigen Finanzreserve. Die Liquiditätsplanung bis zum August 2011 sieht unter sehr vorsichtigen, konservativen Annahmen ein Absinken der Liquidität bis auf € 200 Mio. vor. Danach steigt die Liquidität wieder an. Positive Effekte aus dem starken Anziehen der Münchner Wirtschaft sind dabei noch nicht eingerechnet.

Verwenden wir also heute € 150 Mio. für die Finanzreserve, so liegt die Liquidität im August 2011 immernoch bei € 50 Mio. und steigt danach wieder stark an. Meine Prognose ist, dass sie gar nicht so stark absinkt, wie von der Kämmerei geschätzt.

Man erkennt also: Die Kämmerei nutzt einen sehr hohen, aber auch sehr teuren Bestand an liquiden Mitteln, um der Stadtratsmehrheit jederzeit Ausgaben zu ermöglichen und auch schnell einmal unerwartete € 127 Mio. parat zu stellen.

Ein Wermutstropfen ist der ominöse „Griff in die Kasse“ für den Stadtkämmerer nur in Bezug auf seine eigene Machtposition in der Stadtverwaltung. Eine Verwendung der Mittel wäre jederzeit, wenn nicht für die Tilgung von Krediten, so doch für den Aufbau einer Finanzreserve für die Pensionslasten möglich.

Da die Mehrheit des Münchner Stadtrats also noch nicht in der Bilanzrealität der Stadt angekommen ist, macht uns der starke Aufschwung der Münchner Wirtschaft große Sorgen. Wir sehen mit Kummer, dass demnächst ansteigende Gewerbesteuerzahlungen zu Begehrlichkeiten bei der Stadtratsmehrheit führen werden. Sogar der Stadtkämmerer macht sich diese Sorgen, wie der Presse zu entnehmen war.

Bei einem Schuldenstand von € 5.230 pro Kopf der Münchner Bevölkerung ist aber an Ausgabensteigerungen nicht zu denken. Und wenn die überraschende Erholung der Wirtschaft schon irgendjemandem zugute kommen soll, dann nicht der gefühlten 523. Personalausweitung im Sozialreferat, sondern den Münchner Mietern durch die Rücknahme der Erhöhung der Grundsteuer – das wäre die beste Sozialpolitik.

Es muss weiterhin nach Einsparpotential gesucht werden und wir von der FDP-Stadtratsfraktion haben über einen langen Zeitraum unter dem Motto „München spart Steuergelder“ danach gesucht.

Wir finden es schade, dass nicht einmal die moderatesten Vorschläge von uns aufgegriffen und diskutiert wurden, wie z.B. der Vorschlag, bei den städtischen Hochglanz-Broschüren zu sparen und Druckerzeugnisse – auch aus Umweltschutzgründen – nur noch sehr sparsam herauszugeben.

Vom bisherigen Sparpaket der Stadtverwaltung vom Sommer 2010 ist nicht viel zu halten. Zum einen wird großspurig eine Einsparung von € 452 Mio. bis zum Jahr 2014 versprochen, die sich bei genauerem Hinsehen zu großen Teilen als eine Einnahmenerhöhung durch Steuererhöhung entpuppt.

Zum anderen hat eine Gesamteinsparung von € 40 Mio. durch die Sonderkonsolidierung 2011 bei einem Auszahlungsvolumen von rd. € 4 Mrd. eine Höhe von 1% – und ist damit ein Witz.

Noch gravierender ist es, wenn man die in der Doppik eigentlich maßgeblichen Aufwendungen (statt der Auszahlungen) und damit den Nettoressourcenverbrauch als Maßstab heranzieht. Hier entsprechen die € 40 Mio. einer Einsparung von ca. 0,7%.

Hierfür muss man sich schon sehr heftig auf die Schulter klopfen, damit keiner merkt, wie klein die Leistung tatsächlich ist.

Wir haben bisher auf Kosten künftiger Generationen gelebt – und tun dies immer noch. Die hohe Gesamtverschuldung, die die Pensionslasten mit umfasst, macht dies mehr als deutlich. Leider versäumt die Stadtspitze auch in Zeiten guter Liquidität und hoher Wachstumsprognosen hier endlich gegenzusteuern.

Sie tut es auch mit dem Haushaltsentwurf 2011 nicht und die Erfahrung zeigt, dass bei den Diskussionen in den Fachausschüssen in den kommenden Wochen vor einschneidenden Maßnahmen ebenfalls zurückgeschreckt wird.

Wir sind in einer Phase des Aufschwungs. Die Steuereinnahmen aus GewSt, USt-Umlage und ESt-Umlage sind die fünfthöchsten in den letzten 12 Jahren. Sie liegen bereits jetzt wieder weit über dem Schnitt der vergangenen Jahre – natürlich noch nicht ganz so hoch wie in den Boomjahren 2007 und 2008. Das Problem ist nur, dass wir genau diese Jahre zum Maßstab für unsere Ausgaben gemacht haben.

Das kommt einem so vor wie die Familie, deren berufstätige Mutter in einem Jahr einen besonderen Bonus erhält und die Einkünfte dieses Jahres zum Maßstab der Ausgaben der kommenden Jahre macht. Das muss schiefgehen.

Ich habe es bereits letztes Jahr festgestellt und ich wiederhole es wieder: Die Landeshauptstadt München mit ihrer rot-grünen Mehrheit hat ein Ausgabenproblem und kein Einnahmenproblem.

Die Münchner Bürger werden es ausbaden müssen – nicht heute, aber in der Zukunft!

Und im Übrigen bin ich der Meinung, dass die Zweitwohnungssteuer abgeschafft werden muss.

Vielen Dank!



Der Personalhaushalt 2011

Rede zum Personaletat des
Personal- und Organisationsreferenten
Dr. Thomas Böhle



Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München
am 27. Oktober 2010

Münchens Personalhaushalt 2011

1. Personalstand 2010 (Stadt München gesamt)

Einladungen und Auftritte städtischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Kongressen, Tagungen und Gremiensitzungen bestätigen es ebenso wie Preise und Auszeichnungen und die wiederholte Nennung als Best Practice-Beispiel in renommierten Publikationen:

Die Landeshauptstadt München als Arbeitgeberin und Dienstherrin hat bundesweit einen glänzenden Ruf. Neben dem damit verbundenen allgemeinen Imagegewinn profitieren wir davon in besonderer Weise im Wettbewerb um die besten Bewerberinnen und Bewerber. Zwar stehen auch wir in Domänen klassischen Fachkräftebedarfs vor besonderen Herausforderungen, doch ist es uns bisher in aller Regel gelungen, auch hier das notwendige Personal zu finden.

Der Personalstand Aktive (ohne Beurlaubte) zum Juli 2010 ist gesamtstädtisch gegenüber dem Vorjahr um 429 Dienstkräfte auf 31.278 gestiegen. Dies entspricht einem Anstieg um 1,41 %.

	Juli 2009	Juli 2010	Veränderung
Beamte	9.779	9.866	87
Tarifbeschäftigte	20.174	20.539	365
Summe	29.953	30.405	452
Personal in Ausbildung	896	873	-23
Summe	30.849	31.278	429
Beschäftigte ohne Zahlungen	2.514	2.527	13
Gesamtsumme	33.363	33.805	442

Personalstand - Gemeindehaushalt (ohne Eigenbetriebe und Stiftungen)

Der Personalstand im Gemeindehaushalt lag im Juli 2010 bei 28.368 Beschäftigten. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme um 366 Personen (=1,31 %).

	Juli 2009	Juli 2010	Veränderung
Beamte	9.583	9.677	94
Tarifbeschäftigte	17.544	17.843	299
Summe	27.127	27.520	393
Personal in Ausbildung	875	848	-27
Summe	28.002	28.368	366
Beschäftigte ohne Zahlungen	2.416	2.421	5
Gesamtsumme	30.418	30.789	371

Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus zusätzlichen Dienstkräften bei der Kinderbetreuung (62), bei den Schulen (84) sowie bei der Schulverwaltung (42), zusätzlichem Personal in verschiedenen Bereichen des Baureferats (68), sowie einem Mehrbedarf bei den Sozialbürgerhäusern (42).

Lassen Sie mich anlässlich des Übergangs der Personalzuständigkeiten bei der Kindertagesbetreuung vom POR auf den optimierten Regiebetrieb zum 01.01.2011 einen gesonderten Blick auf den Erziehungsdienst richten.

Der Personalstand im Erziehungsdienst wurde in den letzten zehn Jahren um mehr als 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgebaut. Waren es im Jahr 2000 noch 3.500 Erziehungskräfte, sind es derzeit 5.545. Ursächlich hierfür war die politische Grundsatzentscheidung, die Kindertagesbetreuung massiv auszubauen. Dank wiederholter breit angelegter Werbemaßnahmen und Imagekampagnen ist es uns bis heute gelungen, den stets wachsenden Bedarf zu decken. Mit anerkannt hohen Qualitätsmerkmalen, einem niedrigen Betreuungsschlüssel, unbefristeten Arbeitsverträgen, beispielhaftem Engagement im Betrieblichen Gesundheitsmanagement, breitgefächerten Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Unterstützung bei der Wohnungssuche und der Betreuung eigener Kinder konnte München das notwendige Personal rekrutieren, oft über die Stadtgrenzen hinaus. Erschwerend wirkte sich demgegenüber eine überdurchschnittliche Fluktuation aus. Feststellbar ist auch, dass trotz anhaltender Werbeaktivitäten und wachsendem Medieninteresse die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber spürbar abnimmt – nicht nur in München, sondern bundesweit. Um den Personalbedarf auf diesem umkämpften Markt auch 2011 und in den Folgejahren decken zu können, bedarf es weiterer intensiver Anstrengungen.

Personalstand der Eigenbetriebe und Stiftungen

	Juli 2009	Juli 2010	Veränderung
Beamte	196	189	-7
Tarifbeschäftigte	2.630	2.696	66
Summe	2.826	2.885	59
Personal in Ausbildung	21	25	4
Summe	2.847	2.910	63
Beschäftigte ohne Zahlungen	98	106	8
Gesamtsumme	2.945	3.016	71

1.1 Ausbildung

Wie in den Vorjahren legt das Personal- und Organisationsreferat einen Schwerpunkt auf die Ausbildung, um möglichst vielen Menschen eine berufliche Perspektive zu bieten.

Obwohl die Haushaltskonsolidierung starke Einschnitte fordert, hält die Landeshauptstadt München an ihrer Ausbildungsoffensive fest. Für den Ausbildungsbeginn 2010 wurden bei der Stadtverwaltung und in den Eigenbetrieben 324 Studien- und Ausbildungsplätze angeboten. Insgesamt 5.348 Bewerberinnen und Bewerber (Vorjahr: 4.900) haben sich um einen städtischen Ausbildungsplatz beworben. Zum Stichtag 01.09.2010 wurden 283 Plätze besetzt (Vorjahr: 321). Damit setzt die Stadtverwaltung ein deutliches sozialpolitisches Signal für eine aktive Entlastung des Ausbildungsmarktes und hat auch im Jahr 2010 die freiwillige Ausbildungsverpflichtung des Stadtrates, jährlich mindestens 270 Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, übertroffen.

Neue Auszubildende 1998 bis 2010 (Stichtag 01.09.)

Jahr	Anzahl	Veränderung	Veränderung in %	Ausbildungsverpflichtung von mind. 270 Ausbildungsplätzen (prozentual)
1998	269			100%
1999	277	8	3%	103%
2000	338	61	22%	125%
2001	357	19	6%	132%
2002	336	-21	-6%	124%
2003	295	-41	-12%	109%
2004	231	-64	-22%	86%
2005	217	-14	-6%	80%
2006	211	-6	-3%	78%
2007	312	101	48%	116%
2008	283	-29	-9%	105%
2009	321	38	13%	119%
2010	283	-38	-12%	105%

ohne Stadtwerke und ohne Institut für Pflegeberufe

Besondere Aktivitäten entwickeln wir im Hochschulbereich: Nach wie vor besteht reges Interesse an dem Studiengang Betriebswirtschaft mit Studienschwerpunkt Public Management, den die Stadt in Kooperation mit der Fachhochschule für angewandtes Management in Erding anbietet.

Um die gestiegenen Anforderungen im IT-Bereich bewältigen zu können, hat die Stadt zum Studienbeginn 2010 erstmals 15 Plätze für den dualen Studiengang Bachelor of Science mit Schwerpunkt Informatik in Kooperation mit der Hochschule München angeboten, 13 Plätze konnten besetzt werden. Neben einem hervorragenden Ruf bietet die Hochschule München im Vergleich mit anderen Hochschulen die am besten zur Stadt München passenden, auf eine zukunftsorientierte IT ausgerichteten Studieninhalte.

Wie auch in den vergangenen Jahren möchten wir unsere Bemühungen fortsetzen, verstärkt Personen mit Migrationshintergrund für ein Studium oder eine Ausbildung bei der Stadt zu gewinnen. Es gibt derzeit Auszubildende mit 14 verschiedenen Nationalitäten. Insgesamt haben 19 % der Auszubildenden einen Migrationshintergrund.

Heuer sind rund 18 Mio. Euro (Vorjahr: 19 Mio. Euro) für die Ausbildung veranschlagt.

1.2 Fortbildung

Die Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird auch 2011 den gewohnt hohen Stellenwert in der Personalarbeit der Landeshauptstadt München einnehmen.

Im Jahr 2010 haben 15.000 Dienstkräfte rund 1.350 Fortbildungsveranstaltungen besucht, wofür im Haushalt 2,07 Mio. Euro veranschlagt sind. In den Haushalt 2011 haben wir 2,03 Mio. Euro eingestellt.

Mit dem weiteren Ausbau unseres Bildungscontrollings stellen wir sicher, dass diese Mittel gut und gewinnbringend angelegt sind, weil wir Qualifizierungsmaßnahmen so von Anfang an auf den Nutzen für die Landeshauptstadt München sowie die einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausrichten.

Nachdem wir in den letzten Jahren erfolgreich ein Programm etabliert haben, mit dem wir neue Führungskräfte im ersten Jahr ihrer Führungstätigkeit begleiten, werden wir ab 2011 unseren Blick auf die erfahrenen Führungskräfte richten. Exemplarisch seien hier Führungskräfte-Tag und Standortbestimmungen genannt, Konzepte, um langjährige Führungskräfte wieder stärker ins Fortbildungsgeschehen einzubinden.

Die zentrale Fortbildung hat sich immer mehr zum Projektpartner bei der Umsetzung stadtweiter Organisationsentwicklungsprozesse entwickelt. So werden wir im kommenden Jahr nicht nur die LiMux-Migration weiter mit Qualifizierungsmaßnahmen begleiten, sondern auch den Aufbau des neuen IT-Dienstleisters.

Das neue bayerische Dienstrecht, das am 01.01.2011 in Kraft tritt, wird umfangreiche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen nach sich ziehen.

Eine besondere Herausforderung liegt in der Entwicklung und Umsetzung der modularen Qualifizierungssysteme, die die bisherigen Aufstiegsverfahren weitgehend ablösen und nach dem Willen des Gesetzgebers in ein System lebenslangen Lernens überführen werden.

Unter dem Aspekt der verstärkten Fokussierung auf das Thema „Transfermanagement“ werden technikbasierte Lernsysteme einen weiteren Schwerpunkt unserer Fortbildungsarbeit bilden.

1.3 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Teilzeitquote im Gemeindehaushalt (Stand Juli 2010)

	Teilzeit	Altersteilzeit	Vollzeit	Gesamt*	Teilzeitquote	inkl. Altersteilzeit
Beamte	2.174	569	6.934	9.677	22,47%	28,3%
Tarifbeschäftigte	5.778	1.056	11.009	17.843	32,38%	38,3%
Summe	7.952	1.625	17.943	27.520	28,90%	34,8%

*ohne Personal in Ausbildung und Beschäftigte ohne Zahlungen

Die (erneute) Steigerung der Teilzeitquote von 28,42 % im Vorjahr auf 28,9 % belegt die Aufgeschlossenheit gegenüber einer familiengerechten Arbeitszeitgestaltung – namentlich zur Kindererziehung und Pflege Angehöriger.

In Fortsetzung der bisherigen Entwicklung nahm die gesamtstädtische Beurlaubtenquote erneut ab und beträgt nun 5,5 % (Vorjahr: 6 %). Insgesamt waren 2009 1.696 Beschäftigte in Elternzeit bzw. in einer Beurlaubung zur Betreuung eines Kindes. Die stadtweite Rückkehrquote stieg im Vergleich zum Vorjahr um 4,8 % auf 38,8 %.

Im Rahmen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie erhalten Beschäftigte mit Kindern nach Maßgabe der Beschlüsse Kinderbetreuungsplätze. Alle Bedarfe konnten bislang gedeckt werden.

Von insgesamt 2.697 Führungspositionen werden 46,8 % (46,44 %) von Frauen besetzt. Damit liegt die Landeshauptstadt weit über dem Frauenanteil in Spitzenpositionen der Privatwirtschaft. 410 Führungskräfte sowie Stellvertreterinnen und Stellvertreter üben ihre Funktion in Teilzeit aus (Vorjahr: 382), davon 329 Frauen (80,2 %, Vorjahr: 80,4 %), das sind 12,2 % aller Führungspositionen (Vorjahr: 11,6 %).

Bei internen Bewerbungen hat sich der Frauenanteil gegenüber dem Vorjahr erneut um 3,2 % erhöht (54,7 %). Der Anteil der Teilnehmerinnen an Vorstellungsrunden liegt mit 55,1 % etwas über ihrem Bewerbungsanteil. Deutlich höher fällt bei den Frauen der Besetzungsanteil aus (59,4 %). Er liegt 4,7 % über dem Bewerbungsanteil und entspricht fast dem Frauenanteil bei den Beschäftigten (60,6 %). Die gleichen Trends sind auch bei den externen Bewerbungen feststellbar.

1.4 Betriebliches Gesundheitsmanagement

Nach Schätzung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) verursacht allein der Faktor Stress in Deutschland 45 Milliarden Euro Kosten und rund 60 Prozent der Krankheitstage. Am 7. Oktober 2010 veranstaltete das Betriebliche Gesundheitsmanagement einen Aktionstag zur Psychischen Gesundheit, der von ca. 1.000 Beschäftigten besucht wurde. Gerade in Zeiten demografischen Wandels ist es ein Gebot politischer wie unternehmerischer Vernunft, besonders die älter werdende Belegschaft möglichst leistungsfähig zu erhalten. Auswertungen im Verwaltungsbereich haben ergeben, dass die Streuung zwischen Personen mit guter und schlechter Arbeitsfähigkeit mit dem Alter zunimmt. Seit 2003 initiiert das POR auf der Basis von Mitarbeiterbefragungen stadtweit Gesundheitszirkel. Rund 8.000 unserer rund 30.000 Beschäftigten haben direkt oder mittelbar davon profitiert.

1.5 Schwerbehinderte

Für das Haushaltsjahr 2009 wurde eine Schwerbehindertenquote von 6,76 % ermittelt.

Gesamtstädtische Schwerbehindertenquote

2004	2005	2006	2007	2008	2009
5,56%	5,96%	5,96%	6,38%	6,50%	6,76%

Das in der städtischen Integrationsvereinbarung angestrebte Ziel, mindestens 6 % schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen, wurde mit einer Quote von 6,68 % innerhalb des Hoheitshaushalts und auch gesamtstädtisch (einschließlich Eigenbetriebe) mit 6,76 % erneut übertroffen. Damit wurde zudem die gesetzlich vorgeschriebene Pflichtquote von 5 % mehr als erfüllt. Eine Ausgleichsabgabe fiel nicht an.

1.6 Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit anderer Staatsangehörigkeit

In München lebten im Juli 2010 311.012 Einwohnerinnen und Einwohner ohne deutschen Pass, was einem Anteil von 22,7 % an der Bevölkerung entspricht. Der Anteil nichtdeutscher Kolleginnen und Kollegen beträgt stadtweit bei den Tarifbeschäftigten 14,2 % (Vorjahr: 14,1 %), bei den Beamtinnen und Beamten 0,4 % (Vorjahr: 0,4 %), insgesamt 9,7 % (Vorjahr: 9,6 %).

2. Stellenplan

Per Saldo haben wir im Gemeindehaushalt zum 31.07.2010 einen Zuwachs des Stellenbestandes um 9 Stellen zu verzeichnen.

Stellenstand Gemeindehaushalt			
	Juli 2009*	Juli 2010	Veränderung
Beamte	13.134	13.298	164
Tarifbeschäftigte	14.736	14.581	-155
Gesamtsumme	27.870	27.879	9

* Stellenzahl zum Stichtag 31.07.2009 um 2 Stellen höher als im Stellenplan 2010 veranschlagt. Grund hierfür ist die Zuordnung der Ludwig-Thoma-Stiftung zum Gemeindehaushalt.

Der Bestand an Stellen im Organisationsstellenplan eines Referates ist an die Aufgaben gebunden. Kann ein Referat aufgrund der Budgetlage nicht mehr alle zur Aufgabenerledigung organisatorisch erforderlichen Stellen besetzen, hat dies nicht zwangsläufig zur Folge, dass diese Stellen auch eingezogen werden. Im Gegenzug gibt es nach wie vor neue Aufgaben aufgrund von Gesetzesänderungen, Stadtratsbeschlüssen oder auch Ausweitungen bestehender Aufgaben, wofür Stellen eingerichtet werden müssen. Im vergangenen Betrachtungszeitraum (August 2009 mit Juli 2010) waren die größten Steigerungen bei der Kinderbetreuung (rund 200), in der Informationstechnologie (rund 100), in den Schulen (rund 60) und in der kommunalen Verkehrsüberwachung (40).

3. Personalkosten 2011

Die finanzielle Lage der Referate im Bereich der Personalauszahlungen ist von der Sonderkonsolidierung in Höhe von 40 Mio. € (davon 15 Mio. € dauerhaft) geprägt, wobei die nicht disponiblen Personalauszahlungen, das sind die Schulen, die Kinderbetreuung und die Berufsfeuerwehr, explizit aus dem Verteilungsmaßstab und damit auch der Einsparmasse ausgenommen sind. Auswirkungen auf das vorhandene Personal und den Personalbedarf in den Referaten nehmen zu.

Zusätzlich entfaltet das von der Vollversammlung des Stadtrats am 22.04.2009 beschlossene 5. Haushaltssicherungskonzept seine Wirkung. Während den Einrichtungen der Kinderbetreuung, den Schulen und der Feuerwehr ein Vollaussgleich der Teuerung zuteil wird, weil Tarif-/Besoldungserhöhungen weiterhin vollständig zentral finanziert werden, müssen die anderen Bereiche einen Prozentpunkt der Teuerung in den bestehenden Budgets auffangen, d. h. durch Einsparungen an anderer Stelle erbringen. Der die Einsparvorgabe übersteigende Anteil der Teuerung wird zentral finanziert.

Für die betroffenen (disponiblen) Bereiche ergibt dies eine jährliche zusätzliche Belastung von rund 4,9 Mio. €.

Die Tarifrunde 2010 wurde am 27.02.2010 auf der Grundlage des Schlichterspruchs vom 25.02.2010 beendet. Ab Januar 2010 wurde für die Tarifbeschäftigten eine Erhöhung um 1,2 % beschlossen. Im Jahr 2011 erhöhen sich die Entgelte ab Januar nochmals um weitere 0,6 % bei einer Einmalzahlung in Höhe von 240 € (bzw. 50 € für Auszubildende) sowie um 0,5 % ab August.

Auswirkungen auf die Beamtinnen und Beamten hat der Tarifabschluss nicht, weil die Besoldung in die Gesetzgebungskompetenz des Freistaats Bayern fällt. Die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder finden erst Anfang 2011 statt. Dieses Ergebnis dürfte dann zumindest inhaltsgleich auf die Landesebene und damit auf die Kommunen übertragen werden.

Die Teuerung im Jahr 2011 ist daher der Höhe nach noch ungewiss. Über die Sonderfinanzierung entsprechend den Vorgaben des 5. Haushaltssicherungskonzepts wird im 2. Nachtrag zu beschließen sein.

3.1 Personalauszahlungen 2011

Die Summe der Personalauszahlungen 2011, einschließlich Beihilfen und Versorgung, beträgt rund 1.550,3 Mio. Euro. Gegenüber dem Stand 2010 mit 1.525,7 Mio. Euro entspricht dies einer Erhöhung um 24,6 Mio. Euro oder 1,61 %.

€	2010	2011	Veränderung	in %
Aktive (Gr. 490.0)	1.251.448.100	1.267.453.200	16.005.100	1,28%
Versorgung (Gr.490.1)	242.219.400	248.635.600	6.416.200	2,65%
Beihilfe Versorgungsempfänger (Gr. 490.2)	32.000.000	34.200.000	2.200.000	6,88%
Gesamt (Gr. 490)	1.525.667.500	1.550.288.800	24.621.300	1,61%

Bei den aktiven Bezügen der Personalauszahlungen ist eine Steigerung um 16 Mio. Euro zu verzeichnen. Zusätzlich zu finanzieren sind beispielsweise 1,1 Mio. Euro im Bereich der Schulen und Kinderbetreuung sowie 4,1 Mio. Euro bei MIT-KonkreT und im IT-Sektor. In verschiedenen Bereichen des Kreisverwaltungsreferates (u.a. Parkraummanagement, elektronischer Personalausweis, Umweltzone, Vollzug des Lebensmittelrechts) ergeben sich Ausweitungen in Höhe von 3 Mio. Euro. Im Kulturreferat (NS-Dokuzentrum, Freie Kunst im öffentlichen Raum und Kulturelle Bildung) betragen die zusätzlichen Auszahlungen 0,3 Mio. Euro, in diversen Bereichen des Sozialreferats 0,4 Mio. Euro. Zum Vollausschleich der Teuerung 2010 in den nicht disponiblen Bereichen (Schulen, Kindertageseinrichtungen, Branddirektion) sind 5,2 Mio. Euro veranschlagt.

Für die Versorgungsempfänger erhöhen sich die Ansätze incl. Beihilfe um 8,6 Mio. €.

3.2 Personalwirtschaftliche Rückstellungen

Neben den kalkulierten Auszahlungen für die Versorgung der pensionierten Beamtinnen und Beamten und Arbeiterinnen und Arbeiter mit Eigenversorgungsanspruch wird im doppischen Haushalt der vollständige zu erwartende künftige Versorgungsaufwand für die derzeit aktiven Beamtinnen und Beamten und vorhandenen Versorgungsempfängerinnen und -empfänger in Gestalt der Pensionsrückstellungen und der zugehörigen Beihilferückstellungen für die spätere Versorgung dargestellt.

Die Bestandsveränderungen der Pensions- und Beihilferückstellungen wurden für 2011 mit 241,7 Mio. Euro bzw. 42,3 Mio. Euro kalkuliert. Hierbei handelt es sich nur um Veränderungen im kommenden Jahr. Die Planwerte werden als monatliche Kosten im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung dargestellt. Der Bestand der Pensions- und Beihilferückstellungen in der Bilanz wird sich dadurch insgesamt auf kalkulierte 4.5 Mrd. Euro erhöhen. Zum 31.12.2009 belief sich der Ist-Bestand auf 4,4 Mrd. Euro.

Die Bestandsveränderungen bei der Rückstellung für Altersteilzeit wurden für 2011 mit 26,2 Mio. Euro kalkuliert. Der Bestand in der Bilanz wird damit auf voraussichtlich 89,4 Mio. Euro zurückgehen. Zum 31.12.2009 betrug der Ist-Bestand 130,1 Mio. Euro. Diese Kalkulation bezieht sich auf das bis 31.12.2009 gültige Altersteilzeitmodell. Zu den Rückstellungen für das ab 01.01.2010 gültige neue Altersteilzeitmodell lassen sich noch keine Aussagen treffen, da die Regelungen noch nicht für alle Beschäftigtengruppen vorliegen und daher nicht absehbar ist, wie stark dieses Altersteilzeitmodell in Anspruch genommen werden wird.

4. Altersteilzeit

Zum 01.01.2010 ergaben sich erhebliche Änderungen bei der Altersteilzeit, die sich massiv auf das Antragsverhalten auswirkten.

Altersteilzeitkonditionen:	Beamtinnen und Beamte		Tarifbeschäftigte	
	bis Ende 2009	ab 2010	bis Ende 2009	ab 2010
Rechtsgrundlage	Art. 91 BayBG, § 2 ATZV	Art. 91 BayBG, § 2 ATZV (neu)	TV Altersteilzeit	Altersteilzeitgesetz (=Rahmen)
Arbeitszeit (im Vergleich zur bisherigen Arbeitszeit)	50 %	60 %	50 %	50 %
Besoldung / Vergütung	83 %	80 %	83 %	mind. 70 %
ruhegehaltstfähig / RV-Beiträge	90 %	60 %	90 %	90 %

Der Gesetzgeber hat die Konditionen bei der Gewährung von Altersteilzeit erheblich verschlechtert. Das bisherige Verhältnis von Arbeitsphase zu Freistellungsphase von 50 % zu 50 % wurde auf 60 % zu 40 % verändert. Im Teilzeitmodell beträgt die Teilzeitbeschäftigung 60 % der in den letzten 5 Jahren vor Beginn der Altersteilzeit durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit. Gleichzeitig wird der Altersteilzeit - Aufstockungsbetrag von bisher 33 % (= 50 % auf 83 %) auf 20 % (= 60 % auf 80 %) abgesenkt. Die Ruhegehaltstfähigkeit beträgt nicht mehr 90 %, sondern nur noch 60 %. Für die Beschäftigten ist die Altersteilzeit trotzdem eine Möglichkeit, gerade angesichts verlängerter Lebensarbeitszeit auch bei gesundheitlichen Einschränkungen dienstfähig zu bleiben.

Mit den Konditionen bzw. der Gestaltung der Altersteilzeit für Tarifbeschäftigte wird der Stadtrat im Dezember befasst (VPA 08.12./VV 15.12.2010). Im Tarifbereich ist Altersteilzeit künftig nur noch ab dem 60. Lebensjahr im Rahmen einer Quote von 2,5 % aller in Altersteilzeit befindlichen Tarifbeschäftigten bzw. in Stellenabbaubereichen und bei Restrukturierungsmaßnahmen möglich.

Die Landeshauptstadt München ist Stellenabbaubereich im Sinne des TV FlexAZ. Dies bedeutet, dass bei Vorliegen der übrigen individuellen Voraussetzungen Altersteilzeit genehmigt wird, wenn eine Stelle entfällt. Im Rahmen von Restrukturierungsmaßnahmen wird Altersteilzeit im Einzelfall genehmigt, soweit ein personalwirtschaftliches Interesse seitens der Stadt besteht. Ein Stellenwegfall ist dafür nicht Voraussetzung. Hierzu zählen beispielhaft der optimierte Regiebetrieb Kinderbetreuung, MIT-KonkreT und die Rückführung des Personals der ARGE. Ein Rechtsanspruch auf Gewährung von Altersteilzeit besteht nicht.

Derzeit überschreitet die Landeshauptstadt München erheblich die 2,5 %-Quote. Soweit absehbar wird diese frühestens zum Stichtag 31.05.2013 greifen. Somit können Beschäftigte frühestens zum 01.01.2014 einen Rechtsanspruch auf neue Altersteilzeitarbeitsverhältnisse geltend machen.

Beamtinnen und Beamte

Derzeit machen 569 Beamtinnen und Beamte (Vorjahr: 536) von der Möglichkeit der Altersteilzeit Gebrauch, davon sind 355 Männer (Vorjahr: 343) und 214 Frauen (Vorjahr: 193). 519 haben sich für das Blockmodell (Vorjahr: 487), 50 für das Teilzeitmodell (Vorjahr: 49) entschieden.

Tarifbeschäftigte

Im Tarifbereich sind derzeit 1.056 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Altersteilzeit (Vorjahr: 1.121), davon 417 Männer (Vorjahr: 450) und 639 Frauen (Vorjahr: 671). Der größte Teil der Beschäftigten, nämlich 1.008 (Vorjahr: 1.079), hat sich für das Blockmodell entschieden, 48 wählen das Teilzeitmodell (Vorjahr: 42).

In der Freistellungsphase befinden sich derzeit 913 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

5. Neues Dienstrecht

Der Bayerische Landtag hat am 14.07.2010 das Gesetz zum Neuen Dienstrecht in Bayern mit Wirkung ab 01.01.2011 beschlossen. Das Gesetz nimmt ganz erhebliche Änderungen am geltenden Status-, Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrecht vor.

Das Gesetz über die Leistungslaufbahn und die Fachlaufbahnen der bayerischen Beamten und Beamtinnen ist an die Stelle der bisherigen Normen im BayBG und der Laufbahnverordnung getreten.

Die wichtigsten Änderungen habe ich für Sie zusammengefasst:

Die bisherigen vier Laufbahngruppen des einfachen, mittleren, gehobenen und höheren Dienstes werden durch eine durchgehende Leistungslaufbahn ersetzt, in die entsprechend dem Schul- und Hochschulrecht nach Vor- und Ausbildung sowie gegebenenfalls unter Berücksichtigung beruflicher Leistungen in vier unterschiedlichen Qualifikationsebenen eingestiegen wird.

Die sog. Verzahnungsämter in A 6, A 9 und A 13 fallen weg. Bei einem Aufstieg ist kein doppeltes Durchlaufen der Ämter mehr erforderlich. Künftige Amtsbezeichnung ist grundsätzlich die Amtsbezeichnung der bisherigen höheren Laufbahn.

Der bisherige Aufstieg für besondere Dienstleistungsbereiche, für besondere Verwendung und der Aufstieg vom gehobenen in den höheren Dienst werden durch ein System der modularen Qualifizierung umfassend ersetzt. Die beruflichen Erfahrungen und Leistungen werden dabei stärker berücksichtigt. Als nichtstaatlicher Dienstherr können wir innerhalb der Vorgaben der künftigen Verordnungen diese eigenständig mit Genehmigung des Landespersonalausschusses gestalten.

Die Probezeit beträgt einheitlich 2 Jahre. Nach der Hälfte der regelmäßigen Probezeit erfolgt eine Einschätzung, ob die Probezeit voraussichtlich erfolgreich abgeschlossen werden kann.

Das Beförderungsverbot von einem Jahr nach der Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit und nach allgemeinem Dienstzeitbeginn entfällt.

Das Beurteilungssystem wird neu geregelt. Zukünftig sind auch Beamtinnen und Beamte, die das 55. Lebensjahr vollendet haben, bis zur Versetzung in den Ruhestand periodisch zu beurteilen.

Wie in der gesetzlichen Rentenversicherung wird das Pensionseintrittsalter schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Vollzugsbeamte können mit der Vollendung des 60. Lebensjahres auf Antrag in den Ruhestand treten. Lehrer an öffentlichen Schulen treten zum Ende des Schulhalbjahres

in den Ruhestand, in dem sie die allgemeine gesetzliche Altersgrenze erreichen. Die Altersgrenze von 64 Jahren für einen voraussetzungslosen Ruhestand auf Antrag wird beibehalten. Die Antragsaltersgrenze für schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte bleibt ebenfalls unverändert.

Das Besoldungsdienstalter gibt es nicht mehr. Beamtinnen und Beamte erhalten zunächst ein Anfangsgrundgehalt. Der Aufstieg in den Grundgehaltsstufen richtet sich altersunabhängig nach Leistung und erfolgt in regelmäßigen Zeitabständen. Voraussetzung für den Stufenaufstieg ist, dass die erbrachten Leistungen den mit dem jeweiligen Amt verbundenen Mindestanforderungen entsprechen.

6. Tarifpolitische Lage

Am 27. Februar 2010 endeten die Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst nach vier Verhandlungsrunden und einer 5-tägigen Schlichtung. Die Entgelte stiegen um 1,2 % in 2010, im Januar 2011 gibt es eine weitere Steigerung um 0,6 % und im August um weitere 0,5 %, gesamt 2,3 %. Hinzu kommt eine Einmalzahlung von 240 Euro im Januar 2011. Die Laufzeit beträgt 26 Monate. Die leistungsorientierte Bezahlung wird dauerhaft ausgebaut, ihr Volumen steigt bis 2013 kontinuierlich auf 2 %.

Außerdem wurden Regelungen zur Altersteilzeit, zur Übernahme von Auszubildenden, eine Prozessvereinbarung für die Entgeltordnung zum TVöD und spartenspezifische Regelungen für Krankenhäuser, Versorgungs- und Nahverkehrsbetriebe vereinbart.

Am 9. Juni 2010 haben sich VKA und Marburger Bund nach ebenfalls langwierigen Verhandlungen und Streiks auf einen Tarifabschluss mit einer Laufzeit bis zum 31. August 2011 geeinigt. Die Ärzte erhielten ab dem 1. Mai 2010 ein lineares Gehaltsplus von 2 %, sowie eine Einmalzahlung von 400 Euro, sowie Erhöhungen der Bereitschaftsentgelte und Nachtarbeitszuschläge um 20 bis 26 %. Erstmals wurde auch für die Ärzte eine Vereinbarung von leistungs- und erfolgsorientierten Entgelten erzielt.

Im Nahverkehr gelten in Bayern eigenständige Regelungen. Am 20. August 2010 haben sich der KAV Bayern und ver.di auf einen Tarifabschluss geeinigt: Laufzeit 1. September 2010 bis 31. Mai 2012, lineare Steigerung und Erhöhung der Schichtzulagen um jeweils 3,5 %, 240 Euro Einmalzahlung und Verbesserungen beim Zusatzurlaub bei Nachtarbeit. Die GdL, der zu Beginn der Verhandlungen das gleiche Angebot wie ver.di unterbreitet wurde, verließ den Verhandlungstisch, erklärte die Verhandlungen für gescheitert und befindet sich nach der Urabstimmung im Arbeitskampf. Die nächste Verhandlung ist für den 3. November 2010 terminiert.

7. Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen

2011 wird es, wie in den Vorjahren, keine betriebsbedingten (Beendigungs-) Kündigungen bei der Landeshauptstadt München geben.

8. Ausblick

„Der Personalbereich kann nicht beliebig Gegenstand von Konsolidierungsüberlegungen sein. Verantwortliche Personalpolitik muss sicherstellen, dass die Stadt auch in Zukunft über eine leistungsfähige Verwaltung verfügt, als sichere, soziale Arbeitgeberin am Markt präsent ist und ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht wird.“ Diese Aussage aus des Stadtratsbeschluss „Wertorientierte Personalpolitik“ vom 21.07.2004 ist, wie ich meine, nach wie vor aktuell. Konsequenterweise hat die Stadt von drastischen Maßnahmen abgesehen, die andernorts alternativlos erschienen, wie betriebsbedingte Kündigungen, Beförderungssperren, Ausbildungs- und Übernahmestopps.

Trotzdem konnten wir seit 1997 aufgrund der bisherigen Haushaltssicherungskonzepte bei den Personalauszahlungen rund 157 Mio. mit Basiswirkung (kumuliert 1997 bis 2010: 1,249 Mrd. Euro) konsolidieren. Diese Einsparungen wurden primär über verzögerte Nachbesetzungen und Stellenvakanzen sowie laufende Geschäftsprozessoptimierungen erzielt. Gleichzeitig ergaben sich nahezu flächendeckend Aufgaben- und Fallzahlenwüchse, die bei weitem nicht immer ausgeglichen und nur geringfügig durch Aufgabenminderungen kompensiert werden konnten.

Die Auswirkungen für das Personal mag folgende Betrachtung aufzeigen: Die Anzahl der Beschäftigten (ausgenommen Schulen und Kinderbetreuung) hat seit 2004 um ca. 450 in Vollzeitkräfte umgerechnete Personen zugenommen. Gleichzeitig wurden im gleichen Zeitraum in Vollzug von Gesetzesänderungen bzw. Stadtratsbeschlüssen 2.485 Stellen für die Bewältigung neuer Aufgaben bzw. zusätzlicher Fallzahlen geschaffen. Stellt man diese beiden Werte modellhaft gegenüber, lässt sich daraus schließen, dass die Verwaltung seit 2004 rechnerisch etwa 2.000 Vollzeitkräfte abgebaut hat. Die Dimension dieser Einsparungen wird sichtbar, wenn die 2.000 rechnerisch abgebauten Vollzeitkräfte in das Verhältnis zum derzeitigen Stellenstand im Gemeindehaushalt abzüglich Schulen und Kinderbetreuung sowie Altersteilzeit, fiktiv erhöht um die 2.000 abgebauten Vollzeitkräfte gesetzt wird (19.037 Stellen). Es errechnen sich auf diese Weise gut 10 % Abbau. Die Stadtverwaltung hat somit in den letzten Jahren enorme Einsparungen auf dem Personalsektor erzielt.

Man kann mit Fug und Recht sagen: Wir haben unserem Personal einiges abverlangt und so ist es, wie ich meine, nur fair, unseren Beschäftigten auch künftig einen sicheren Arbeitsplatz und Perspektiven zur Entfaltung und beruflichen Weiterentwicklung zu bieten: Betriebsbedingte Kündigungen und ein genereller Beförderungsstopp können meines Erachtens auch künftig kein Thema sein. Unsere Verantwortung gerade gegenüber jungen Menschen gebietet es, auch weiterhin Ausbildungsplätze in nennenswertem Umfang zur Verfügung zu stellen. Wir bleiben besonders denjenigen verpflichtet, die wegen der Geburt und Erziehung eines Kindes oder der Pflege Angehöriger vorübergehend aus dem Erwerbsleben ausscheiden und in ihre aktive Beschäftigung bei der Stadt zurückkehren wollen. Eine tendenziell alternde Belegschaft beansprucht zunehmende Anstrengungen im Gesundheitsmanagement, und unsere minderleistungsfähigen wie unsere schwerbehinderten Kolleginnen und Kollegen verdienen pflegliche Behandlung.

Ich verkenne nicht, dass die Haushaltslage auch im Personalbereich Einsparungen erfordert. Den Spielraum dafür bietet die natürliche Fluktuation. Diese liegt gesamtstädtisch bei ca. 7 %, ohne die nicht disponiblen Bereiche bei ca. 6 % (der ausgeblendete Erziehungsdienst hat eine vergleichsweise hohe Fluktuationsquote von derzeit zwischen 11 % und 12 %). Unter Berücksichtigung der Rückkehrer/innen aus der Beurlaubung und der Übernahme der Auszubildenden verbleibt eine für die Konsolidierung „verwertbare“ Fluktuation von ca. 3 % in den disponiblen Bereichen.

Grundsätzlich disponibel im Sinne der Konsolidierungsüberlegungen sind 12.465 Stellen (Stand 30.09.2010), die aus heutiger Sicht in die Konsolidierungsüberlegungen einbezogen werden

könnten, weil entweder die Aufgabe selbst oder Qualität bzw. Intensität der Aufgabenerfüllung in Frage gestellt werden können.

Stellen im Gemeindehaushalt	27.011
abzüglich Schulen, Kindertagesstätten	9.974
abzüglich Feuerwehr	1.722
Abzüglich Selbstabschließer (Gebührenhaushalte)	950
Abzüglich IT-Bereich (das Projektbudget MIT-KonkreT wurde mit Beschluss vom 27.01.2010 von der Konsolidierung ausgenommen; die anderen IT-Schaffenden unterliegen einer gesonderten Sparkonzeption)	1.100
Abzüglich Stellen, die nach Gesetzen oder Vertrag vor zu halten sind (z.B. Betriebsärzte, Sicherheitstechniker, Philharmoniker)	260
Abzüglich Arge (Kostenersatz)	540
In die Konsolidierungsüberlegungen können höchstens einbezogen werden	12.465

Die Summe der Stellen, die in die Sparpläne einbezogen werden könnten, umfasst auch viele Bereiche mit gesetzlichen Pflichtaufgaben (z.B. Lebensmittelüberwachung, Heimaufsicht, Standesamt, Bürgerbüro usw.), in denen erhebliche Einsparungen kaum zu realisieren sein werden. Darüber hinaus sind darin über 500 Stellen enthalten, die sich durch Einnahmen (weitgehend) refinanzieren (z.B. Kommunale Verkehrsüberwachung, Berechnen von Erschließungs- und Straßenausbaubeiträgen, Bußgeldstellen, Genehmigen von Sondernutzungen, Parkraumbewirtschaftung). Zu bedenken ist, dass nach allen Erfahrungen keine Besetzungssperre zu 100% umzusetzen ist, weil „Schlüsselpositionen“ und „Spezialisten“ auch im disponiblen Bereich von außen nach zu besetzen und aus rechtlichen Gründen (amtsangemessene bzw. vertragsgemäße Beschäftigung) der internen Disposition Grenzen gesetzt sind.

Wie immer möchte ich mich bei den Mitgliedern des ehrenamtlichen Stadtrates, den Kolleginnen und Kollegen auf der Referentenbank, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Referates, den Geschäfts- und Personalstellen der Referate, der Stadtkämmerei, der Personalvertretung und der Gleichstellungsstelle für die gute Zusammenarbeit bedanken.



Christian Amlong
Korreferent
des Personal- und
Organisationsreferates

zur Vollversammlung des Stadtrates am 27.10.2010

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

beginnen möchte ich dieses Jahr mit einem besonderen Dank an die gut 31.000 Kolleginnen und Kollegen, die bei der Landeshauptstadt München und den Eigenbetrieben im Dienst aller Bürgerinnen und Bürger arbeiten. Sie alle setzen gemeinsam mit einer verantwortungsbewussten Personalvertretung das um, was wir in diesem Saal (nur) beschließen.

31.000 Beschäftigte – das sind rund 400 mehr als im letzten Jahr. Also weiterhin ein Personalzuwachs? Bei immer noch knapper Kasse? München steht mit der Quote Beschäftigte pro Einwohner damit im Ranking aller deutschen Städte ganz oben. Ein zweifelhafter Spitzenplatz? Ich sehe das nicht so. 4.700 Beschäftigte im Lehrdienst und dieses Jahr mehr als 5.500 Beschäftigte im Erziehungsdienst tragen dazu bei, dass heute mehr als ein Drittel aller Beschäftigten direkt in den **Schwerpunktbereichen Bildung und Erziehung** arbeitet – wenn das keine Erfolgsgeschichte ist?!

Im vergangenen Jahr haben 580 Lehrerinnen und Lehrer und 580 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Sozial- und Erziehungsberufen neu bei der Landeshauptstadt zu arbeiten begonnen, das sind 5 an jedem Arbeitstag. Ich finde schon, dass wir hierauf stolz sein können. Auch im Übrigen belegen die 2.500 insgesamt durchgeführten Neueinstellungen, dass die Landeshauptstadt München eine moderne Arbeitgeberin ist, bei der man gerne arbeitet. Gleichwohl stellt sich die **Personalgewinnung** zunehmend schwieriger dar. Teils liegt es daran, dass der Anteil Gutqualifizierter an den Bewerbungen sinkt, teils sind aber auch die Bewerberanzahlen als solches rückläufig. Für Ärzte, Ingenieure und IT-Personal gewähren wir daher inzwischen eine Arbeitsmarktzulage. Im Bereich der Erzieherinnen und Erzieher haben

wir mit bundesweiten Werbekampagnen reagiert, die große Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben. Viele Interessenten haben wir zu Schnupperwochenenden nach München eingeladen – ein weiteres folgt demnächst. Auch die Einkommenssituation wurde durch den neuen Tarifvertrag für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst um rund 100 Euro pro Monat verbessert. Der starke Ausbau der Kinderbetreuung führt dazu, dass Städte inzwischen um geeignete Kräfte konkurrieren. Und wie erfolgreich ist München hierbei? Sehr erfolgreich: 80% aller neuen Erzieherinnen und Erzieher kommen nicht aus dem Großraum München.

In den kommenden Jahren wird sich der **demografische Wandel** bemerkbar machen. Die Zahl der über 50-Jährigen in der Verwaltung steigt, während die Anzahl der unter 30-Jährigen sinken wird. Aufgrund der Konsolidierungszwänge und dem damit zwangsläufig verbundenen Abbau von Stellen in der Kernverwaltung verschärft sich dieser Trend noch. Umso wichtiger ist der weiterhin konsequente Ausbau unserer Fortbildungsprogramme und des Gesundheitsmanagements sowie kein Nachlassen bei der **Ausbildung**. Ich freue mich, dass wir 2009 321 neue Azubis bei der Stadt begrüßen konnten. In den vergangenen zehn Jahren wurden von uns 2.700 junge Menschen ausgebildet.

Unser Angebot zur Teilzeitarbeit trägt maßgeblich zur Konkurrenzfähigkeit der städtischen Arbeitsplätze bei. 29 % der Beschäftigten arbeiten inzwischen in **Teilzeit**. Die Stadt ermöglicht so nicht nur die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sondern auch den zunehmenden Wunsch nach flexiblen Arbeitszeitmodellen. Gleichwohl stehen wir auch hier weiterhin vor Herausforderungen: Viel mehr Kolleginnen und Kollegen wollen vormittags arbeiten. Leere Schreibtische an Nachmittagen kosten Geld, mindern so zwangsläufig das Budget der Referate und können so ungewollt zur Arbeitsverdichtung beitragen. Teilzeitarbeit wird inzwischen bei der Stadt als wirklich gleichwertig anerkannt – eine bessere Verteilung der Teilzeitkräfte über den Arbeitstag hinweg ist daher umso mehr anzustreben.

Zur Attraktivität der Jobs bei der Stadt trägt sicher bei, dass auch im laufenden Jahr alle Kolleginnen und Kollegen, die dies wollten, einen Platz in **Kindertagesstätte, Kindergarten oder Hort** bekommen haben. Allerdings war es zum ersten Mal zu beobachten, dass es bei der Vergabe eng wurde. So war bei den Krippen nur noch ein einziger (!) nicht genutzter sog. Kontingenzplatz vorhanden, was auf einen diesbezüglichen Handlungsbedarf hinweist.

Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit werden bei uns seit jeher groß geschrieben. Jahr für Jahr können wir den Anteil von Frauen in Führungspositionen steigern. Inzwischen haben wir eine Quote von 47% erreicht. Bei den Beschäftigten insgesamt haben die Frauen sowieso seit Langem die Oberhand: 61% aller Beschäftigten sind weiblich. Frauen machen einen Anteil von 55% an Bewerbungsrunden aus und sind auch noch besser qualifiziert als die Männer, denn sie setzen sich zu 60% bei der Stellenvergabe durch. Inzwischen liegt in der **Geschlechterverteilung** der Beschäftigten eine sicher unerwartete Herausforderung: Denn während bei den 60-jährigen Beschäftigten genau die Hälfte Männer und Frauen sind, sind bei den unter 30-Jährigen nur 27% Männer vertreten, was sich nicht nur mit der bedauerlich niedrigen Anzahl von 8% Männern im Erziehungsdienst erklären lässt und daher genauer analysiert werden sollte.

Vorreiter sind wir bei der Beschäftigung **schwerbehinderter Kolleginnen und Kollegen**. Die Quote bei der Stadt München ist um ein Drittel höher als gesetzlich gefordert. Sie liegt inzwischen bei 7 %.

Der **Personalaufwand** der Landeshauptstadt München beträgt nun 1,29 Mrd. Euro (+1,3%). Dabei ist zu betonen, dass einigen Personalausgaben für neue Stellen auch entsprechende Einnahmen gegenüber stehen, so zum Beispiel beim ausgebauten Parkraummanagement. Beachtenswert sind bereits heute die Versorgungsauszahlungen mit 249 Mio. €. Bedauerlich ist in diesem Zusammenhang, dass den bereits heute aus der Bilanz ersichtlichen kalkulatorischen Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von 4,5 Mrd. Euro nur tatsächlich gebildete **Pensionsrücklagen** in Höhe von 225 Mio. € gegenüber stehen. Aus diesem Grund hatte der Stadtrat auf meinen Antrag hin bereits im Januar 2007 beschlossen, dass angestrebt wird, für ab 01.01.2008 neu einzustellende Beamtinnen und Beamte eine kapitalgedeckte Rücklage zu bilden, die die künftigen Versorgungslasten dieser Beamtinnen und Beamten voll abdeckt. Hierzu sollte ein Umsetzungsvorschlag erarbeitet werden. Doch seit nunmehr bald vier Jahren harrt dieser Beschluss einer Umsetzung. Auch eine Unterrichtung des Stadtrates durch die Verwaltung fand bedauerlicherweise nicht statt. Ich hoffe, dass bei der Einbringung des nächsten Haushaltes hier Erfreulicheres zu berichten sein wird. Vielen Dank.

Christian Amlong

Gesamtergebnishaushalt 2011

(Prozentzahl: Veränderungen ggü. 2009)

in Mio. €

Erträge			Aufwendungen		
2009*	2011 HPL Entwurf	2011 Schlussabgl.	2009*	2011 HPL Entwurf	2011 Schlussabgl.
6.958	5.372 - 22,8 %	5.567 - 20,0 %	5.606	5.749 + 2,6 %	5.788 + 3,3 %
	4.405**	4.600**		4.782**	4.821**
Sonstige Erträge 4.138	Sonstige Erträge 2.703	Sonstige Erträge 2.720	Direktorium 101	Direktorium 115	Direktorium 121
Ausgleichszahlung 64	Ausgleichszahlung 68	Ausgleichszahlung 70	Revisionsamt 10	Revisionsamt 10	Revisionsamt 10
Gr.Erw.St. 90	Gr.Erw.St. 85	Gr.Erw.St. 100	Baureferat 918	Baureferat 1.075	Baureferat 1.084
Grundsteuern 278	Grundsteuern 308	Grundsteuern 307	Kommunalref. 147	Kommunalref. 140	Kommunalref. 141
Anteil a.d. Eink.St. 733	Anteil a.d. Eink.St. 670	Anteil a.d. Eink.St. 700	Kreisverw.ref. 298	Kreisverw.ref. 309	Kreisverw.ref. 312
Gewerbesteuer 1.523	Gewerbesteuer 1.410	Gewerbesteuer 1.540	Kulturreferat 228	Kulturreferat 221	Kulturreferat 222
Anteil a.d. Umsatzst. 125	Anteil a.d. Umsatzst. 128	Anteil a.d. Umsatzst. 130	POR (Referat) 63	POR (Referat) 66	POR (Referat) 67
Zentr. Ausgleich ILV 7	Zentr. Ausgleich ILV 7	Zentr. Ausgleich ILV 7	Ref.f.Arb.u.Wirt. 109	Ref.f.Arb.u.Wirt. 105	Ref.f.Arb.u.Wirt. 105
	Fehlbetrag 377	Fehlbetrag 221	Ref.f. Gesundheit u. Umwelt 149	Ref.f. Gesundheit u. Umwelt 141	Ref.f. Gesundheit u. Umwelt 142
			Ref.f. Stadtplan.u. Bauordn. 83	Ref.f. Stadtplan.u. Bauordn. 85	Ref.f. Stadtplan.u. Bauordn. 85
			Ref.f. Bildung u. Sport 1.276	Ref.f. Bildung u. Sport 1.382	Ref.f. Bildung u. Sport 1.404
			Sozialreferat 1.161	Sozialreferat 1.075	Sozialreferat 1.069
			Stadtkämmerei 54	Stadtkämmerei 59	Stadtkämmerei 59
			Zentrale Ansätze KommR 75	Zentrale Ansätze KommR 75	Zentrale Ansätze KommR 74
			Zentrale Ansätze POR 141	Zentrale Ansätze POR 134	Zentrale Ansätze POR 134
			Zentrale Ansätze StK 770	Zentrale Ansätze StK 724	Zentrale Ansätze StK 726
			Stiftungen o. e. R. 23	Stiftungen o. e. R. 25	Stiftungen o. e. R. 25
			Zentr. Ausgleich ILV 8	Zentr. Ausgleich ILV 8	Zentr. Ausgleich ILV 8
			Überschuss 1.352		

*) Ist-Zahlen Stichtag 01.03.2010

**) konsolidiertes Volumen, d. h. ohne interne Leistungsverrechnung (einschl. verwaltungsinterne Kostenmiete), Steuerungsumlage und kalkulatorische Zinsen i. H. v. insgesamt 967 Mio. €, hiervon
 - interne Leistungsverrechnung rd. 165 Mio. €,
 - Steuerungsumlage rd. 107 Mio. € und
 - kalkulatorische Zinsen rd. 695 Mio. €.

Anmerkung:
 Die ausgewiesenen Referatsbudgets sind nicht konsolidiert.

Gesamtfinanzhaushalt 2011

(Prozentzahl: Veränderungen ggü. 2009)

in Mio. €

laufende Verwaltungstätigkeit

Einzahlungen			Auszahlungen		
2009*	2011 HPL Entwurf	2011 Schlussabgl.	2009*	2011 HPL Entwurf	2011 Schlussabgl.
5.591	4.241 - 24,2 %	4.436 - 20,7 %	3.888	4.130 + 6,2 %	4.164 + 7,1 %
Sonstige Einnahmen 2.950	Sonstige Einnahmen 1.572	Sonstige Einnahmen 1.589	Direktorium 80	Direktorium 85	Direktorium 85
Ausgleichszahlung 64	Ausgleichszahlung 68	Ausgleichszahlung 70	Revisionsamt 5	Revisionsamt 5	Revisionsamt 5
Gr. Erw. St. 90	Gr. Erw. St. 85	Gr. Erw. St. 100	Baureferat 304	Baureferat 444	Baureferat 453
Grundsteuern 278	Grundsteuern 308	Grundsteuern 307	Kommunalref. 53	Kommunalref. 42	Kommunalref. 43
Anteil a.d. Eink. St. 733	Anteil a.d. Eink. St. 670	Anteil a.d. Eink. St. 700	Kreisverw. ref. 178	Kreisverw. ref. 173	Kreisverw. ref. 177
Gewerbesteuer 1.351	Gewerbesteuer 1.410	Gewerbesteuer 1.540	Kulturreferat 164	Kulturreferat 158	Kulturreferat 158
Anteil a.d. Umsatzst. 125	Anteil a.d. Umsatzst. 128	Anteil a.d. Umsatzst. 130	POR (Referat) 42	POR (Referat) 45	POR (Referat) 46
			Ref. f. Arb. u. Wirt. 73	Ref. f. Arb. u. Wirt. 76	Ref. f. Arb. u. Wirt. 76
			Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 114	Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 108	Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 109
			Ref. f. Stadtplan. u. Bauordn. 46	Ref. f. Stadtplan. u. Bauordn. 47	Ref. f. Stadtplan. u. Bauordn. 47
			Ref. f. Bildung u. Sport 741	Ref. f. Bildung u. Sport 865	Ref. f. Bildung u. Sport 887
			Sozialreferat 1.009	Sozialreferat 929	Sozialreferat 923
			Stadtkämmerei 27	Stadtkämmerei 29	Stadtkämmerei 29
			Zentrale Ansätze KommR 13	Zentrale Ansätze KommR 13	Zentrale Ansätze KommR 13
			Zentrale Ansätze POR 353	Zentrale Ansätze POR 378	Zentrale Ansätze POR 372
			Zentrale Ansätze StK 681	Zentrale Ansätze StK 719	Zentrale Ansätze StK 722
			Stiftungen o. e. R. 19	Stiftungen o. e. R. 19	Stiftungen o. e. R. 19
			Überschuss lfd. Verw.tät. 1.703	Überschuss lfd. Verw.tät. 111	Überschuss lfd. Verw.tät. 272

Investitionstätigkeit / Finanzmittelbedarf

Einzahlungen			Auszahlungen		
2009*	2011 HPL Entwurf	2011 Schlussabgl.	2009*	2011 HPL Entwurf	2011 Schlussabgl.
2.521	848 - 66,4 %	862 - 65,8 %	2.062**	1.144** - 44,5 %	1.138** - 44,8 %
Überschuss lfd. Verw.tät. 1.703	Überschuss lfd. Verw.tät. 111	Überschuss lfd. Verw.tät. 272	Tilgung Inn. Darl. 110 0	Tilgung Inn. Darl. 100 0	Tilgung Inn. Darl. 90 0
Kredite Inn. Darl. 110 0	Kredite Inn. Darl. 380 0	Kredite Inn. Darl. 230 0	Investitionen 704	Investitionen 655	Investitionen 659
Zuweisungen, Beitr. Zusch. u.a. 173	Zuweisungen, Beitr. Zusch. u.a. 52	Zuweisungen, Beitr. Zusch. u.a. 55	Stadtwerte 1.248	Stadtwerte 157	Stadtwerte 157
Veräußerung von Sachverm. 535	Veräußerung von Finanzanl. 152	Veräußerung von Finanzanl. 152	Kapitalrückführung 129	Kapitalrückführung 129	Kapitalrückführung 129
	Veräußerung von Sachverm. 153	Veräußerung von Sachverm. 153			

Nachrichtlich:

Saldo aus Investitionstätigkeit:

2009: - 1.244 Mio. €

2011 (HPL Entwurf): - 584 Mio. €

2011 (Schlussabgleich): - 585 Mio. €

Veränderung des Finanzmittelbestandes

+ 459**

Veränderung des Finanzmittelbestandes

- 193**

Veränderung des Finanzmittelbestandes

- 173**

*) Ist-Zahlen Stichtag 01.03.2010

**) Der Finanzhaushalt stellt eine reine Geldflussrechnung dar, was bedeutet, dass nur die tatsächlichen Einzahlungen und Auszahlungen betrachtet werden. Er zeigt die Entwicklung des Finanzmittelbestandes zum Ende der Planungsperiode gegenüber dem Anfangsbestand und weist dazu am Ende immer einen Saldo zwischen Einzahlungen und Auszahlungen (Finanzmittelbestand) aus. Damit diese Veränderung des Finanzmittelbestandes auch sichtbar wird, erfolgt anders als im kameralen Haushalt keine Zuführung eines Überschusses an eine Rücklage bzw. kein Ausgleich eines Defizits durch eine Rücklage.

Die Veränderung des Finanzmittelbestandes im Entwurf 2011 betrug - 193 Mio. € (ohne Berücksichtigung der 103 Mio. € Investitionen, bei denen die Voraussetzungen der Veranschlagung nach § 12 KommHV-Doppik noch nicht vorliegen, da die gesetzlich erforderliche Planungsschärfe noch nicht erreicht ist).

Die Veränderung des Finanzmittelbestandes zum Zeitpunkt des vorliegenden Schlussabgleichs 2011 beträgt - 173 Mio. € (ohne Berücksichtigung der 103 Mio. € Investitionen, bei denen die Voraussetzungen der Veranschlagung nach § 12 KommHV-Doppik noch nicht vorliegen, da die gesetzlich erforderliche Planungsschärfe noch nicht erreicht ist).